Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werkthätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 926. | Mit der illustrirten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt". | Telephon Nr. 926

Der „Lübecker Volksbote" erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße 50, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich Mk. 1,60. Monatlich 55 Pfg. Postzeitungsliste Nr. 4069 a, 6. Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 15 Pfg., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 229. | Dienstag, den 2. Oktober 1900. | 7. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

Ausflug in's Sittliche.

= Durch die liberale Presse geht wieder mal ein Entrüstungssturm, der blos aus tönenden Worten besteht und deshalb nichts nützt. Diese traurigen Helden haben mit ihren Entrüstungsstürmen schon bei der lex Heinze auf das jämmerlichste Schiffbruch gelitten. Die famose lex konnte sich von Session zu Session durch die Kommissionen des Reichstags schleppen — die Helden des Liberalismus fanden nicht die Kraft, sich ihrer zu entledigen und sie wäre sicher schließlich in der von Muckern, Junkern und Finsterlingen gewünschten Form Gesetz geworden, hätte sich nicht die Sozialdemokratie des deutschen Kunstschaffens erbarmt und ihm, indem sie die lex mit kräftigen, herzerquickenden Fußtritten in die Grube beförderte, noch ein längeres Leben gewährt. Der Liberalismus hat so gut wie nichts dazu gethan und die Liberalen — die Nationalliberalen — haben ja bis zum letzten Augenblick noch all' die reaktionären Striche der Groeber, Stöcker, Roeren usw. mitgemacht. Die Sozialdemokratie hat die Kunst vor dem Heinze-Anschlag bewahrt.

Jetzt erhebt sich von Neuem der Sturm bürgerlicher Entrüstung. Es zeigt sich, daß, obwohl die lex verscharrt, ihr Geist dennoch geblieben ist. Das ist auch kein Wunder. Die Kreise, auf deren Drängen hin die lex Heinze eingebracht wurde, sind auch stark genug, auf einem Umwege ihr Ziel zu erreichen. Geht's nicht mit der lex Heinze, so muß es eben ohne sie gehen! Seit kurzer Zeit entfaltet die Theaterzensur in der Reichshauptstadt Berlin eine fieberhafte Thätigkeit, das Sündenbabel an der Spree auf sittliche Wege zu bringen, indem die Kunst reformirt wird. Mit peinlicher Schärfe werden die der Polizei zwecks Aufführung an Berliner Bühnen eingereichten Stücke geprüft, ob sich nichts „Anstößiges" darin befinde, und das durch der Oeffentlichkeit unbekannte aber leicht zu erkennende Kräfte geschärfte Auge der Polizei entdeckt mit einem Male so viel Anstößiges, daß kein Autor mehr sicher ist, ohne sittlich-polizeiliche Streichungen auf der Bühne zu erscheinen. Georg Engels, der eine Satire: „Der Ausflug in's Sittliche" geschrieben hatte, wurde von dem polizeilichen Bannstrahl getroffen und selbst Oskar Blumenthal, der heitere Kunstgeschäftsmann, der aus den ältesten Fliegenden Blätterwitzen gangbare Bühnenwaare zurechtschneidert und in seinem Leben nur bunte Leutnants, naive Backfische, böse Schwiegermütter und gemüthliche Väter zurechtgebaut hat, ist mit einem Male polizeilich unsittlich geworden. Das ging den liberalen Blättern denn doch über die Hutschnur und sie donnern wieder einmal mächtig los zum Schutze der gefährdeten Geistesfreiheit, die unter der Herrschaft eines speichelleckenden Byzantiner-Bürgerthums längst zu einem Scheinen geworden ist.

Die klägliche Komödie von der auf dem Anger verscharrten Heinze-Lex, deren Geist das wackere Bürgerthum spukend schreckt, verdiente es nicht, an dieser Stelle behandelt zu werden, wenn nicht in der Reihe der Entrüsteten auch ein Mann stände, der unsere Beachtung verdient: der Geschichtsforscher Theodor Mommsen, eine wissenschaftliche Leuchte des Bürgerthums. Er hat die Drangsalirungen der bürgerlichen Kunst durch die Theaterzensur zum Anlaß genommen, in einem Hamburger Blatte sich bitter zu beschweren, und dann, wie wir kürzlich berichteten, gesagt: „Es ist nicht zu ändern, daß die Deutschen keinen Bürgersinn haben, daß sie sich bereitwilligst regieren lassen, auch auf Verlangen steuern und heuern, daß ihnen aber der Militarismus und die Bismärckerei die Selbstbestimmung gründlich ausgetrieben haben." Neuerdings veröffentlicht dann Mommsen in der „Deutschen Revue" ein „Mahnwort an die Deutschen". In dem Artikel bezeichnet er das Anwachsen der deutschen Katholiken zu einer geschlossenen politischen Partei als ein nationales Unglück schwerster Art. Er sieht darin die Ursache zu all' den reaktionären Maßnahmen und sagt, den eigentlichen Ultramontanen gegenüber befände sich die deutsche Kultur im Belagerungszustande. „An der Gleichgültigkeit gegen das politische Leben mehr noch als an der Feindseligkeit gegen die gesunde staatliche Entwickelung krankt unsere Nation." Nur wenn breite Wählermassen aufhörten, bei der Reichstagswahl dem Zentrum ihre Stimme zu geben, werde die deutsche Kultur unter dem Zeichen Goethes wieder geachtet und geschützt werden.

Der große Gelehrte ist ein Angehöriger des Bürgerthums; er kann sich deßhalb nicht zu der Erkenntniß aufschwingen, daß das kapitalistische Bürgerthum als solches die Schuld trägt an dem gänzlichen Verfall des deutschen Geisteslebens, der sich in unsern heutigen Kunst- und Literaturzuständen zeigt. Wohl verkennen auch wir nicht die steigende Macht des Katholicismus, der in dem verderblichen, volksfeindlichen Einfluß der Zentrumspartei auf die innere Politik Deutschlands seinen Ausdruck findet, und wir sind überzeugt, daß es noch einmal zu einer großen Auseinandersetzung zwischen dem deutschen Ultramontanismus und der deutschen Sozialdemokratie kommen wird. Indessen heißt es doch die Sache völlig verkennen, wenn man allein dem Ultramontanismus die Schuld an unseren deutschen Zuständen zuschieben will.

Richtig spricht Mommsen von der „Bismärkerei". Sie trägt an unsern heutigen Zuständen die Schuld und woran wir kranken, das ist das Erbe Bismarck's. Bismarck hat dem Militarismus und dem Kapitalismus in Deutschland zu seiner größten Entfaltung verholfen und ihm hat die kapitalistisch gewordene Bourgeoisie dann Alles zum Opfer gebracht. Was galt noch die Kunst? Seit den 70er Jahren hat auf der deutschen bürgerlichen Bühne nur noch das Militär-Lustspiel Erfolg, in unseren Museen und Kunstausstellungen hängen nur noch Gemälde, die Szenen aus dem satten Leben der Bourgeoisie, blutige Schlachtenepisoden und Soldatenbilder jeder Art wiedergeben. Dabei ist die Bühne, wie der ganze Kunsthandel kapitalistisch organisirt und kein Künstler, kein Dichter, kein Schriftsteller hat Aussicht, seine Träume auf Ruhm und Existenz verwirklicht zu sehen, wenn er es wagt, wider den kapitalistischen Stachel zu löcken. Der Kapitalismus hat unser Geistesleben verwüstet und aus dem Gelehrten, dem Künstler, dem Schriftsteller einen bezahlten Lohnsklaven gemacht.

Diese Lage der Sache hat sich die Reaktion — die politische der Junker, die geistige der evangelischen und ultramontanen Mucker — nur zu Nutze gemacht. Sie giebt der verlogenen bürgerlichen Kunstherrlichkeit den letzten Tritt und zwingt sie unter die Botmäßigkeit von Polizei und Zensor. Der Kapitalismus duldete im Kunstbereich nur was ihm gefiel, jetzt verbietet Polizei und Zensor das, was ihnen nicht gefällt. In der Sache bleibt es genau dasselbe. Die Arbeiter haben in Deutschland kaum ein Antheil an bürgerlicher Kunst und deshalb kann ihnen der komische Krieg, der gegen die aus dem Grabe spukende lex Heinze geführt wird, fast gleichgültig sein. Sie haben den Kampf im Reichstage gegen die „lex" mit solchem Nachdruck geführt, weil die Frage zu einer politischen Machtfrage gestempelt worden war und sie haben im Kampfe gezeigt, daß sie die Stärkeren sind. Wenn jetzt der „Ausflug ins Sittliche" des polizeilichen Zensors das Bürgerthum wieder zum Kampf gegen den Heinze-Geist zwingt, ein Kampf, in dem sich die ganze bürgerliche Kläglichkeit offenbart, so steht das Proletariat lachend zur Seite. Diese Schmerzen werden sich ja alle von selbst lösen, wenn das kapitalistische System beseitigt ist.

Internationaler Sozialistenkongreß.

Eigener Bericht des „Lübecker Volksbote".

b. Paris, 27. September 1900.

(Fortsetzung aus der heutigen Beilage.)

Es folgt der 6. Punkt der Tagesordnung: Die Organisation der seemännischen Arbeiter.

Berichterstatter A. Störmer: Die Kommission hat auch die Transportarbeiter in den Kreis ihrer Betrachtungen gezogen, Seeleute und Transportarbeiter kommen besonders in direkte Beziehung mit den Arbeitern anderer Länder. Die Organisation beider Kategorien und die gesetzliche Beseitigung der Mißstände, unter denen sie leiden, verdient die Aufmerksamkeit der sozialistischen Parteien aller Länder. Für die Beiseitigung der schlechten Arbeitsbedingungen haben die bürgerlichen Parteien bisher nichts gethan. Wir sind auf uns angewiesen. In allen Ländern, wo es spezielle Gesetze für die Handelsmarine giebt, müssen die sozialistischen Parteien darauf achten, daß diese Gesetze so vollkommen wie möglich sind und streng durchgeführt werden. Die Seeleute sollen sich politisch und gewerkschaftlich organisiren und Sozialdemokraten wählen. Bei ihrer Organisationsarbeit sind die Seeleute so viel wie möglich zu unterstützen. Wo noch keine seemännische Organisation besteht, sollten die Transportarbeiter es versuchen, die Seeleute zum Anschluß an die Internationale Transport-Arbeiter-Union zu gewinnen.

In den verschiedenen Parlamenten sollen für die Seeleute folgende Forderungen erhoben werden:

1) Beseitigung der Heuerbaase und Einrichtung von Stellenvermittelungsbureaus in allen Seehäfen unter der Kontrole der Arbeiterorganisation.

2) Die Einrichtung von behördlichen Logir- oder Seemannshäusern unter Leitung der Arbeiterorganisationen und Kontrole der Behörden.

3) Die Einrichtung von besonderen Gerichten, bei denen die seemännischen Arbeiter auch als Mitrichter fungiren und die die Streitigkeiten, die während der Reise entstanden sind, zu schlichten haben; die Macht der Seeoffiziere, die seemännischen Arbeiter zu bestrafen, muß vermindert werden.

4) Die Festsetzung eines Maximalarbeitstages und die Definition der Ueberstundenarbeit und ihrer Bezahlung; an Sonn- und Feiertagen darf nur Notharbeit verrichtet werden.

5) Die Sicherstellung einer ausreichenden Rente für die Verletzten und Invaliden; Vollrente im Todesfalle für die Hinterbliebenen.

6) Festsetzung eines Mindestlohnes.

7) Gesetzliche Sicherstellung von Unfallverhütungsvorschriften, besonders die Festlegung einer Ladelinie für alle Schiffe und einer Bemannungsskala, die Zahl, Fähigkeit und Sprachkenntnisse zum Verständniß des Kommandos der Seeleute berücksichtigt.

8) Gerechte Behandlung, gute Kost, gutes Logis, gute sanitäre Verhältnisse an Bord, durch Gesetz gewährleistet.

9) Beseitigung aller besonderen Vereinbarungen aus den seemännischen Gesetzen.

10) Inspektoren in genügender Zahl, mit dem Recht, die Schiffe am Auslaufen zu verhindern, wenn die gesetzlichen Vorschriften irgendwie verletzt sind.

Für die Transport-Arbeiter wird gefordert:

1) Ausreichende Entschädigung von Unfällen; keine Beitragszahlung der Arbeiter, keine Einwendungen der Unternehmer, ob das Schiff im Dock oder auf dem Revier sich befindet, sondern volle Entschädigung für alle Unfälle.

2) Ausreichende Inspektion der Arbeitsgeräthe.

3) Keine Lohnauszahlung in Gastwirthschaften.

4) Einrichtung von Arbeitsvermittelungsbureaux seitens der Arbeiter in allen Häfen.

5) Festsetzung eines Maximalarbeitstages und eines Minimallohnes für alle Transportarbeiter, sowie Erhöhung des Lohnes für Nacht- und Sonntagsarbeit.

Allen seemännischen und Transportarbeiter-Vereinigungen wird der Anschluß an die Internationale Transport-Arbeiter-Union dringend empfohlen.

Die Vorschläge der Kommission finden einstimmig Annahme.

Zu Punkt 7: Der Kampf um das allgemeine Stimmrecht und die direkte Gesetzgebung durch das Volk bringt Pernerstorfer-Wien im Auftrage der Kommission folgende Resolution ein:

„Das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht für alle Körperschaften der gesetzgebenden und ausübenden Staatsgewalt ist ein unverrückbares Ziel der sozialen Demokratie, dessen Erreichung eines der wesentlichsten Mittel der politischen und sozialen Befreiung ist.

Der Kongreß fordert alle Völker, die entweder noch gar keine oder eine auf der Grundlage von Privilegien aufgebaute parlamentarische Vertretung haben, auf, den Kampf für das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht zu führen, bis es in vollem Umfange errungen ist. Der Kongreß erkennt in dem Kampfe um dieses Wahlrecht, sowie in der Ausübung dieses Wahlrechts selbst eines der besten Mittel zur Erziehung des zum öffentlichen Leben.

Der Kongreß spricht die Ueberzeugung aus, daß die Frauen denselben Anspruch auf die politischen Rechte haben, wie die Männer; er fordert also dieses Wahlrecht für beide Geschlechter.

Der Kongreß erklärt es für eine Aufgabe der Sozialisten jener Länder, die das allgemeine Wahlrecht schon besitzen, dieses bei ihnen schon bestehende Wahlrecht zu einem System der Proportionalvertretung auszuarbeiten.

Zugleich fordert der Kongreß in Konsequenz des Gedankens der Volkssouveränität die Anstrebung der direkten Gesetzgebung durch das Volk, sowohl durch die Einräumung des Rechtes der Initiative an das Volk, sowie durch Einführung des Referendums.

Der Kongreß erklärt alle diese Forderungen als nothwendige Erziehungsmittel des Volkes, um es intellektuell und moralisch in den Stand zu setzen, den Klassenkampf für die soziale Befreiung mit gesammelten Kräften und einheitlichem Nachdruck führen zu können und sich für die Besitzergreifung der politischen Macht vorzubereiten, um sodann planmäßig an die Konstituirung der sozialistischen Gesellschaft schreiten zu können."

Er empfiehlt debattelose Annahme: Sie sprechen damit die alte sozialistische Ueberzeugung aus, daß die Burg des Kapitalismus nicht erobert werden kann, so lange nicht die Mauern der politischen Unfreiheit gebrochen sind. Die Annahme erfolgt einstimmig.

Es folgt Punkt 8 der Tages-Ordnung: Der Sozialismus in den Gemeinden.

Vinck (Brüssel) begründet folgende Resolution:

„In Erwägung, daß unter „Gemeindesozialismus" nicht ein besonderer Sozialismus verstanden werden kann, sondern lediglich die Verfolgung der allgemeinen Grundsätze des demokratischen Sozialismus auf einem besonderen Gebiete der politischen Thätigkeit;

in Erwägung, daß die durch diese Thätigkeit errungenen Reformen nur als Etappen auf dem Wege zur Verwirklichung der sozialistischen Gesellschaft angesehen werden können, müssen sich die Sozialisten auf allen Gebieten der Gemeindeverwaltung bethätigen;

in fernerer Erwägung, daß die Gemeinde mit voller Selbst-

g nicht nur ein fruchtbringendes Feld zur Bethätigung ...nischen Fragen ist, sondern auch ein vortrefflicher Stütz der Sozialisten gegenüber der Zentralgewalt im bürger...n Staate sein kann;

erklärt der Internationale Kongreß zu Paris, im Jahre 1900:

Daß bei voller Anerkennung der Bedeutung der allgemeinen politischen Thätigkeit es Pflicht der Sozialisten aller Länder ist, auf die Wichtigkeit der Bethätigung in der Gemeindeverwaltung aufmerksam zu machen, sie zu fördern und dabei mitzuwirken. In Erfüllung dieser Pflicht haben die Sozialisten die Kommunalisirung der öffentlichen Verkehrsmittel, Badeanstalten, Krankenhäuser 2c. 2c. zu betreiben und Musteranstalten daraus zu machen, sowohl im Interesse des allgemeinen Wohles, als im Interesse der in diesen Betrieben Beschäftigten.

Kleine Gemeinden müssen zur Erfüllung dieser Aufgaben Verbände bilden.

In Ländern, deren politische Verhältnisse es den Gemeinden nicht gestatten, diese Wege zu wandeln, haben die Sozialisten die Pflicht, Alles zu thun, um jenes Maß politischer Freiheit zu erobern, das nothwendig ist, um jene Forderungen zu verwirklichen.

Der Kongreß empfiehlt den sozialistischen Gemeindevertretern durch Vermittelung des internationalen Sekretariats:

a. Sich gegenseitig über alle auf dem kommunalen Gebiete realisirten Reformen mit ihren moralischen und finanziellen (ökonomischen) Folgen zu unterrichten;

b. nationale Bureaus zu errichten, welche alle wissenswerthen Vorkommnisse in den Gemeindeverwaltungen zu registriren haben, sowie die bezüglichen Aktenstücke zu sammeln, um das Studium der einschlägigen Fragen zu ermöglichen;

c. um eine mündliche Aussprache über diese Fragen und die gemachten Erfahrungen zu ermöglichen, beauftragt der Kongreß das internationale Sekretariat mit der Einberufung einer internationalen Konferenz sozialistischer Gemeindevertreter."

Die Resolution wird ebenfalls einstimmig angenommen.

Zur Berathung gelangt Punkt 11: Die Trusts.

Wiwot (Holland) begründet nachstehende Resolution:

„Trusts (Kartelle) sind wirthschaftliche Vereinigungen der Unternehmer zur Erzielung größerer Profite. Sie sind die unvermeidliche Konsequenz der freien Konkurrenz unter einem Wirthschaftssystem, dessen Zweck nicht die Produktion, sondern der individuelle Profit der Kapitalisten ist. Indem die Vermehrung der Produktionsmittel die Möglichkeit schafft, mehr Waare zu erzeugen, als die Eigner der Produktionsmittel mit Profit verkaufen können, wird der freie Wettbewerb zum Feinde des Profits, wird es nothwendig, das System des freien Wettbewerbs zu beseitigen und durch die vereinigte Thätigkeit der Produzenten zu ersetzen. Die Trusts sind also das Ergebniß einer natürlichen Entwickelung.

Soweit die Trusts die Produktion und Vertheilung wirksamer und ökonomischer gestalten, die Ueberproduktion verhindern, die Kosten der Erzeugung, des Transports, des Verkaufs, des Zwischenhandels und der Reklame vermindern, stellen sie eine höhere Form der Produktion dar. Auf der anderen Seite aber haben sie die Tendenz, die Preise in die Höhe zu treiben, wenn das Interesse der vereinigten Unternehmer es erfordert, resp. die Verbilligung der Waaren zu verhindern, die durch die Fortschritte der Produktion möglich sein würde; und sie haben, wenn nicht die Tendenz, doch in der Regel die Wirkung, die Unterdrückung der Arbeiter zu verschärfen, indem sie den Organisationen der Arbeiter und ihren Organisationsbestrebungen eine starke und einige Organisation der Unternehmer gegenüber stellen.

Insbesondere sind die sogen. Pools und Corners, die nicht wie die Trusts und Kartelle eine höhere Organisationsform bedeuten, sondern ausschließlich dazu bestimmt sind, die wichtigsten Konsumartikel zu vertheuern, für die gesammte Bevölkerung von größtem Schaden und müssen in der schärfsten Weise verurtheilt werden.

Indem so der Internationale Sozialistenkongreß die Arbeiterklasse auf die Gefahren der Trusts aufmerksam macht, kann er gleichwohl den Versuch der Unterdrückung der Trusts durch die Gesetzgebung nicht empfehlen. Eben weil die Trusts das natürliche Ergebniß der kapitalistischen Produktionsweise sind, können Gesetze höchstens die Form der Trusts ändern, niemals aber ihre Thätigkeit wirksam einschränken. Die Sozialdemokratie hat aber keinen Anlaß, sich gegen Gesetze auszusprechen, die die Trusts zur Veröffentlichung ihrer Statuten und Geschäftsberichte zwingen wollen.

Der allein mögliche Ausweg aus der durch die Trusts geschaffenen Situation kann jedoch nur die Verstaatlichung, und in einer späteren Zeit die internationale Regelung der Produktion jener Industrien sein, die durch internationale Trusts die höchste Stufe der Entwickelung erreicht haben.

Die Aufgabe des Proletariats muß also darin bestehen, seine politische und ökonomische Klassenorganisation, verstärkt durch die genossenschaftliche Thätigkeit, zu vervollkommnen, um die Zeit vorzubereiten und zu beschleunigen, in der die Möglichkeit der Expropriation der großen durch die Trusts organisirten Industriezweige und damit der Umwandlung der kapitalistischen in die gesellschaftliche Produktion gegeben sein wird."

Die Resolution wird einstimmig angenommen.

Zum letzten Punkt der Tagesordnung: Generalstreik, liegt folgende Resolution der Kommission vor:

„Der Kongreß wiederholt im Anschluß an die Beschlüsse der Internationalen Kongresse in Paris und Zürich, den auf dem Internationalen Kongreß in London 1896 über den Generalstreik gefaßten Beschluß, welcher lautet: Der Kongreß hält Streiks und Boykotts für nothwendige Mittel zur Erreichung der Aufgaben der Arbeiterklasse, sieht aber die Möglichkeit für einen internationalen Generalstreik nicht gegeben. Das nächste Erforderniß ist die gewerkschaftliche Organisation der Arbeitermassen, weil von dem Umfang der Organisation die Frage der Ausdehnung der Streiks auf ganze Industrien oder Länder abhängt."

Berichterstatter der Majorität ist Legien-Hamburg: In der Kommission hatten wir keine langen Debatten, da sehr viele Gewerkschaftler darin saßen. Es genügte uns, die Erfahrungen über die partiellen Streiks auszutauschen, um zu einem Beschluß zu gelangen. Wir haben den nicht gerade formvollendeten Londoner Beschluß wiederholt, um zu dokumentiren, daß wir unsere Anschauung über den Generalstreik nicht geändert haben. Die Minorität setzte sich aus französischen, italienischen, und solchen Delegirten zusammen, in deren Ländern überhaupt noch keine Gewerkschaftsorganisation besteht. So lange keine starken Organisationen vorhanden sind, ist der Generalstreik für uns nicht diskutirbar. Für die Bourgeoisie wäre ein Generalstreik unorganisirter Massen ein Vergnügen; in ein paar Tagen hätte sie ihn niedergeworfen, event. mit Waffengewalt, und damit die Arbeit von Jahrzehnten vernichtet. Mögen unsere französischen und italienischen Genossen für die nothwendigen Organisationen sorgen, dann stehen wir ihnen zur Seite. (Lebhafter Beifall.) Der Redner empfiehlt die oben abgedruckte Resolution.

Briand vertritt den Standpunkt der kleinen Minorität und befürwortet eine auch von Allemane und Jaurès unterstützte Resolution, worin der Generalstreik als das unter Umständen revolutionärste Aktionsmittel empfohlen wird. Er bittet um Annahme, damit der Kongreß nicht den Verdacht auf sich lade, nicht mehr revolutionär zu sein.

In der Nationalitäten-Abstimmung wird die Majoritäts-Resolution mit 25 gegen 9 Stimmen angenommen. Frankreich, Italien, Argentinien, Portugal und Serbien bilden die Minderheit.

Damit sind die Arbeiten des Congresses erledigt.

Es folgen die Schlußreden.

Van Kol: Wir gehen jetzt auseinander, aber in 3 Jahren werden wir uns wiedersehen. Die überwältigende Majorität des Proletariats der ganzen Welt ist einig. Wir verkündigen in allen Ländern das neue Evangelium, dem die Zukunft gehört; noch stärker, noch gefestigter als bisher, werden wir uns in Amsterdam wiedersehen. (Stürm. Beifall.) Hoch die Internationale!

Dreimal braust das Hoch durch den Saal. Die Delegirten erheben sich von den Plätzen. Die Franzosen singen den Refrain der Pottier'schen Internationale: „C'est la lutte finale" . . .

Van Kol: Der Kongreß ist geschlossen.

Schluß 7¼ Uhr.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Wann wird der Reichstag eröffnet? Die „Nationalliberale Corresp." hält daran fest, daß der Reichstag zum 6. November einberufen werden wird. Dagegen behauptet der „Lokalanz.", daß ein bestimmter Tag noch nicht festgesetzt sei.

Bei den koburgischen Landtagswahlen hat nach der „Deutschen Tagesztg." die Sozialdemokratie höchstens Aussicht, einen Kreis zu gewinnen, doch soll auch dieser nicht sicher sein.

Es wird weiter gepumpt. Neue 40 Millionen Mark Schatzscheine sollen, wie die „Frankf. Ztg." erfährt, zu pari begeben werden unter Vergütung von ½ pCt. an das Uebernahmekonsortium.

Die Schulverhältnisse Preußens wurden erst vor einiger Zeit durch die Schilderung der Wangenheimschen Schulpaläste so drastisch illustrirt, daß die Volksschule in einem Theil Preußens zur Karrikatur wurde und man glauben konnte, bereits das denkbar Schlimmste vernommen zu haben. Durch eine Schilderung, die der „Sächs. Schulzeitung" zugeht und die in der Nr. 39 dieses Blattes enthalten ist, wird aber das bisher über preußische Schulzustände Gehörte weit in den Schatten gestellt, denn es wird hier der Beweis erbracht, daß in Preußen die Schulpflicht nur auf dem Papier steht. Die gemeldete Thatsache ist so ungeheuerlich, daß wir Zweifel daran hegen würden, wenn das durchaus loyale Blatt nicht ausdrücklich versicherte, daß die ihm von betheiligter Seite zugegangene Mittheilung zwar unglaublich, aber buchstäblich wahr und amtlich verbürgt sei. Wir lesen: „Nach Ostern brachte eine von Posen nach Dresden verzogene Mutter in eine Vorortschule von Dresden einen Knaben zur Anmeldung, der am 23. Dezember 1891 in Demenschenow (Kreis Posen) geboren, demnach seit zwei Jahren schulpflichtig war, aber bisher eine Schule noch nicht besucht hatte. Auf die Anfrage des betreffenden Schuldirektors, wie das käme, erklärte die Mutter, daß es in dem dortigen Schulhause an Platz gemangelt habe, alle schulpflichtigen Kinder aufzunehmen. Da diese Angabe nicht recht glaubhaft erschien, wandte sich der Direktor an die Orts-Schulbehörde von Demenschenow, woher die Mutter gekommen war, aber ein Bescheid blieb aus. Auf eine weitere amtliche Anfrage bei der Kreis-Schulinspektion zu Posen wurde die Wahrheit dieser schier unglaublichen Angabe voll bestätigt. Der Lehrer des Ortes Bendlewo, wohin Demenschenow eingeschult ist, erklärte amtlich: Der Knabe ist am 14. April 1898 zum hiesigen Schulbesuch angemeldet worden, mußte aber wegen Ueberfüllung pro 1898/99 und 1899/1900 vom diesseitigen Schulbesuch zurückgestellt werden, und der königliche Kreisschulinspektor bestätigt dies durch folgenden amtlichen Vermerk: Die Angaben des Lehrers sind (nach den bekannten Verhältnissen in Bendlewo) als zutreffend anzusehen." Man sieht, wir leiden an solchem Ueberfluß von Kultur, daß wir Platzmangels halber unsere Kinder nicht mehr in die Schule zu schicken brauchen. Wir verwenden die Millionen zweckmäßiger, um die Chinesen zu zivilisiren!

Kleine politische Nachrichten. Die nationalliberale Partei hatte für die Landtagswahl im Kreise Gifhorn den Landwirth Rautenberg als Kandidaten aufgestellt. Leider hat sich nachträglich herausgestellt, daß Herr Rautenberg noch nicht 30 Jahre alt, mithin nicht wählbar ist. Deswegen mußte er wohl oder übel nachträglich von der Kandidatur zurücktreten. Der Vorgang stellt der Gewissenhaftigkeit der Partei wie der geistigen Veranlagung des in Aussicht genommenen Kandidaten ein gleich ehrendes Zeugniß aus. — In Rinteln-Hofgeismar sind fünf Kandidaten — sozialdemokratischer, nationalliberaler, konservativer, antisemitischer und freisinniger — aufgestellt. — In Breslau beschlossen die Nationalliberalen, bei der Landtagsersatzwahl für die freisinnigen Kandidaten einzutreten. Beide in Betracht kommenden Parteien stellten wieder die früheren Kandidaten auf. — In Meseritz-Bomst sind an Stelle des verstorbenen v. Dziembowski seitens der Konservativen für den Reichstag Rittergutsbesitzer v. Gersdorf-Banchwitz und für den Landtag Rittergutsbesitzer v. Wentzel-Belencin aufgestellt worden. — Dem Bundesrath wird binnen kurzem der Entwurf einer Verordnung betr. die Beschaffung von Sitzgelegenheit für die Angestellten in offenen Verkaufsstellen zugehen. — Dem nächsten Landtage des Großherzogthums Weimar wird eine Vorlage über die Regulirung der Saale zugehen. — Freiherr v. Stumm und Kommerzienrath Seebohm haben den Vorsitz der süddeutschen Eisen-Berufsgenossenschaft, jener wegen Krankheit, dieser wegen Ueberlastung, niedergelegt. — Das Verfahren gegen die „Schwäb. Tagwacht" wegen Majestätsbeleidigung ist eingestellt. Unser Parteiblatt äußert daraufhin die Erwartung, daß ihm die Polizei nun die gegen Quittung mitgenommenen 107 Exemplare der Nummer in Bälde wieder zustellen werde, damit sie ihren Zweck erfüllen: gelesen zu werden. Es sei schon oft danach verlangt worden. — Der bekannte nationalliberale Reichstagsabgeordnete von Heilbronn, Hegelmaier, hat es sehr krumm genommen, daß man in seiner Abwesenheit dem in sozialdemokratischem Geruche stehenden Turnverein „Jahn" die städtische Turnhalle überließ. Er versuchte, die Erlaubniß rückgängig zu machen, blitzte damit jedoch bei seinen eigenen Gesinnungsgenossen ab. — Auch in Schweden dreht sich die Schraube ohne Ende. In Stockholm soll eine große Marinewerft gebaut werden. In der Regierungsvorlage werden die Baukosten auf 27½ Millionen Kronen veranschlagt. — Von den englischen Parlamentswahlen liegen die Ergebnisse aus 64 Wahlbezirken vor, in denen Gegenkandidaten nicht aufgestellt waren. Unter den Wiedergewählten befindet sich außer Chamberlein auch der Unterstaatssekretär des Krieges, Brodrick. Chamberlein wurde in Birmingham gewählt. — Der belgische Eisenbahnminister entzog den Blättern „Le Rire" und „Le Sourire" wegen ihres angeblich zotigen Charakters den Eisenbahnverkehr in Belgien. — Der österreichische Justizminister richtete, wie die „Frankf. Ztg." berichtet, an die Gerichte in Galizien einen Erlaß, in dem es zur Pflicht gemacht wird, mit aller Strenge gegen jene Personen vorzugehen, die jüdische Mädchen zwecks Bekehrung zum katholischen Glauben entführen. — „Gaulois" verzeichnet das Gerücht, nach welchem der französische Minister des Innern Nachforschungen nach einem Magistratsmitgliede anstrengt, welches in der Dreyfus-Affäre eine hervorragende Rolle gespielt habe, dann geisteskrank geworden und schließlich verschwunden sei. — Die Nationalisten verbreiten die Mär, Waldeck-Rousseau gedenke die französische Kammer aufzulösen und noch im Herbst allgemeine Wahlen auszuschreiben. — Der spanische Minister des Aeußern erklärte, bald werde die spanische Gesandtschaft in Peking abgeschafft werden; dagegen soll eine Gesandtschaft in Japan neu geschaffen werden. Amtlich wird bestätigt, daß auch Japan in Madrid eine Gesandtschaft einsetzt. — Gegen den früheren serbischen Minister des Innern, Gentschitsch wird Anklage sowohl wegen Veruntreuung von Staatsgeldern als auch wegen Majestätsbeleidigung erhoben. — Neue Verhaftungen werden aus Warschau gemeldet: Der Redakteur einer wöchentlich erscheinenden Mode- und Romanzeitung, Smaczniuski, ist unter dem Verdacht der sozialistischen Propaganda — der übrigens gänzlich unbegründet sein soll — nach der Citadelle abgeführt worden; das gleiche Loos soll noch einige andere Schriftsteller betroffen haben. — Die für Ermordung eines Regierungsspions zum Tode verurtheilten sechs Sozialisten sind vom Kaiser zu Zwangsarbeit begnadigt worden, und zwar wurde Jeziozowski zu lebenslänglicher Zwangsarbeit verurtheilt, Rutkowski, Glinski und Czerwinski zu je 20 Jahren, Mrozik, Karcz und Krawczyk zu je 15 Jahren nebst Verlust aller Ehrenrechte. Echte Despotengnade! — Die „Daily Mail" meldet aus Yokohama vom 27. v. M.: Das japanische Kabinet Yamakata demissionirte. Das neue Kabinet wird wahrscheinlich durch den Marquis Ito gebildet werden.

Transvaal.

Vom Kriegsschauplatze. General Paget berichtet, daß die Buren bei Pinaarsriver schwerere Verluste hatten, als man früher glaubte. Sie rückten bis auf eine Entfernung von 200 Schritt von den britischen Verschanzungen vor und geriethen unter das Feuer zweier Gebirgskanonen. Mehrere Buren wurden getödtet, einige durch die Explosion einer Mine, von deren Vorhandensein sie nichts wußten. Die Buren griffen eine britische Patrouille in der Nähe von Heidelberg an, wobei ein britischer Offizier und ein Gemeiner gefangen genommen, ein Gemeiner getödtet und vier andere verwundet wurden.

Zwischen Holland und England sollen scharfe Noten gewechselt worden sein. Eine Amsterdamer Meldung der „Evening News" meldet, die britische Regierung richtete eine Note an Holland, die besagt, daß, obwohl sie keine Einwendungen dagegen erhebe, daß Präsident Krüger nach Holland gebracht werde, würde sie die Fortschaffung des beschlagnahmten Goldes und der Archive der ehemaligen Republik durch ein niederländisches Kriegsschiff als Verletzung des Völkerrechts betrachten. Infolge dessen wurde der Befehlshaber des „Gelderland" angewiesen, von Krüger schriftliche Bürgschaft zu verlangen, daß unter seinem Reisegepäck sich kein Staatseigenthum von Transvaal befinde.

China.

Vom Chinawirrwarr. Waldersee ist nun im Reiche der Mitte angelangt, von großen Dingen hört man aber nicht viel. In Peking scheint man einstweilen sich in der „Justiz" zu üben. Es wurden große Quantitäten Pulver vorgefunden, welche in der Stadt versteckt waren. Die Engländer haben vier Boxer erschossen, welche überführt waren, drei Wochen nach der Einnahme der Stadt 21 Personen ermordet zu haben. Die Kriegsgerichte verhängen Strafen von 50 Schlägen und harter Arbeit bis zur Todesstrafe. Alle gefangenen Boxer werden hingerichtet. Es wird also kein Pardon gegeben. „Morning Post" meldet aus Peking, daß die Generäle der verschiedenen Großmächte den Rath erhalten hätten, keine Expeditionen nach Paotingfu zu entsenden, um einen Zusammenstoß mit den Chinesen zu vermeiden, denn sonst stände das Leben von 12 Belgiern, Franzosen und Engländern in dortiger Gegend auf dem Spiel. Der englische Dampfer „Lungkiang", der zwischen Kanton und Wutschu fährt, wurde am 24. September in Lukiao angehalten; von den Chinesen wurden fünf Schüsse auf ihn abgegeben, wobei der Schiffszimmermann verwundet wurde. Der englische Konsul wies daraufhin den „Lungkiang" an, den Kanal von Lukiao zu meiden. Die geheimen Gesellschaften im Yangtsegebiete nehmen immer mehr zu. 5000 Schwarzflaggen kehren nach Kanton zurück. Die chinesischen Lügen über Niederlagen der Fremden machen die Lage ernst. S. M. S. „Luchs" und vier fremde Kanonenboote befinden sich bei Kanton. Ein französisches, von Peking aufgebrochenes Bataillon besetzte Lukiao und Tschangsintien auf der Linie nach Paotingfu. Der russische General Rennenkampf verfolgte auf sehr schwierigen Wegen die sich nach dem Süden zurückziehenden chinesischen Truppen, die einige Male versuchten, sich zu widersetzen, aber endlich in die Flucht geschlagen wurden. Schwierig war das Uebersetzen über den Sungarifluß, was endlich der Kavallerie gelang, die Meizachaerty einnahm. Das weitere Vorrücken wurde trotz der Regengüsse und der schlechten Wege fortgesetzt, sodaß die Kavallerie oft die Infanterie abwarten mußte. Ohne Rücksicht auf diese ungünstigen Bedingungen rückte das Detachement Rennenkampf's rasch vor, zwang die gesammelten Chinesen zum Rückzug und nahm die Stadt Bodune, wo die Truppen des Generals Orlow als Garnison blieben. General Rennenkampf setzte den Marsch gegen Girin fort, während das Detachement Fleischer's in der Richtung auf Mukden dirigirt wurde.

Von der „Einigkeit" der Mächte ist nichts zu berichten. Sie liefert nach wie vor der bürgerlichen Presse Stroh zum Dreschen. Von Rußland wird behauptet, es biete China Geld zur Rückzahlung der englischen Anleihe.

Der Seesoldat Karl Stachowiak vom ersten Seebataillon ist in Peking an der Ruhr gestorben.

Lübeck und Nachbargebiete.

Montag, den 1. Oktober.

Werftarbeiter aller Branchen, gelernte und ungelernte, meidet Hamburg bis auf Weiteres streng! Noch sind Hunderte Eurer Kollegen arbeitslos!

Dem Andenken Wilhelm Liebknechts ist eine Broschüre gewidmet, die von Kurt Eisner herausgegeben, soeben im Verlag der Buchhandlung „Vorwärts" erschienen ist. Unter Benutzung ungedruckter Briefe und Aufzeichnungen giebt der Verfasser in 8 Kapiteln: Ein Kämpferleben — Aus der Jugend — Der Freischärler — Die Flüchtlingszeit — Klein-Preußen und Großdeutsch — Landes-Hochverräther — Unterm Sozialistengesetz — Das letzte Jahrzehnt — in lebendiger Darstellung nicht blos ein

prächtiges, in dieser Umfassung ganz neues Lebensbild unseres verstorbenen großen Vorkämpfers, sondern auch eine glänzende Charakteristik der historischen Persönlichkeit und seiner politischen und literarischen Bedeutung. Die Schrift enthält außer einer Porträt-Beilage auf Kunstdruckpapier noch 5 Porträts und Abbildungen im Text. Der Verlag hat, um jedem Genossen die Anschaffung zu ermöglichen, eine billige Agitations-Ausgabe zum Preise von 30 Pfg. herstellen lassen, während der Preis im Buchhandel Mk. 1,— beträgt.

Nach zehn Jahren. Die gestern vom sozialdemokratischen Verein im Vereinshause veranstaltete zehnjährige Gedächtnißfeier der Aufhebung des Sozialistengesetzes war gut besucht. Die Konzertstücke wurden von der Stadtkapelle, die Gesangsvorträge von der Liedertafel „Eintracht" trefflich zu Gehör gebracht. Die Festrede hielt Genosse Heinrich Baerer aus Harburg. In schlichten, zu Herzen gehenden Worten, schilderte er die Kindheitsjahre der Sozialdemokratie, die Tessendörferei und die Bismärckerei, um dann ausführlich das Schandgesetz und seine Handhabung zu erläutern. Das Manifest, welches die 66 aus Berlin ausgewiesenen Familienväter, der „erste Schub", an ihre Genossen erließen, verlesend, verstand es der Redner, den Ernst jener Zeit lebendig vor Augen zu führen. Aus seiner Erinnerung erzählte er dann, wie bei der Abreise der ersten Hamburger Ausgewiesenen die Tausende sich am Johannisbollwerk gedrängt; wie Otto Reimer die von ihm glücklich gerettete Altonaer Parteifahne entfaltet und wie zum ersten Male wieder erschollen sei „Wohlan, wer Recht und Wahrheit achtet . . ." Und tiefe Bewegung ging durch die Reihen der Zuhörer, als er dann berichtete, wie ihn selbst am Weihnachtstage der Befehl traf, binnen 24 Stunden Harburg zu verlassen, weil er eine Person sei, von der eine Gefährdung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit zu befürchten wäre. Aber — so rief er aus — Existenzen konnte man wohl vernichten, die Sozialdemokratie nicht! Je mehr man sie verfolgte, je stärker wurde sie. In gedrängter Darstellung entwarf Redner eine Schilderung der Entwickelung der Partei und schloß daran die Aufforderung, in guten und schlechten Zeiten rastlos und furchtlos weiter zu arbeiten, wie bisher. Besonders wirkungsvoll war der Appell, den er an die Frauen und Mädchen richtete. Auch sie seien berufen und verpflichtet, Steine mit zu Hauf zu tragen zu dem großen Bau, in dem Wittwen und Waisen nicht mehr darben werden. Das Hoch auf die Internationale und auf die Frauen und Kinder, welches Redner am Schlusse seiner wirkungsvollen Ausführungen ausbrachte, fand begeisterten Widerhall und stürmischer Beifall der Anwesenden bewies, wie sehr unser alter Freund ihnen aus dem Herzen gesprochen. Ein fröhlicher Ball hielt dann die Festtheilnehmer noch lange beisammen.

Es bleibt bei der Expropriation! Diesen Bebel'schen Ausspruch, dem alle Genossen jubelnd zugestimmt haben, glossirt das Amtsblatt in seiner bekannten dummen Manier. Es meint, uns mit dem Worte auf dem Lande Abbruch thun zu können. Welche Ignoranz! Auf dem Lande ist das Expropriiren doch etwas Alltägliches! Dort kennt man's nicht in der Theorie, sondern in der brutalen Praxis!

d. **Eine öffentliche Malerversammlung** tagte am Sonnabend im Vereinshause. Ueber die „Krisis im Baugewerbe" referirte der Redakteur des „Vereinsanzeiger", Mark-Hamburg. Wenn nicht alle Zeichen trügen, so führte Redner aus, stehe eine Krisis bevor. Die Unternehmer hätten die gute Geschäftskonjunktur trefflich auszunutzen gewußt; das Gleiche könne man von den Arbeitern nicht sagen. Bedeutende Männer der Wissenschaft hätten 1200 Mk. als das Mindeste bezeichnet, das ein Arbeiter jährlich zum Leben gebrauche; die Lübecker Malergehülfen müßten sich mit durchschnittlich 900—1000 Mk begnügen. Die Krisis entstehe durch ein Mißverhältniß der Konsumtion zu der übergroßen Produktion. Sie trifft nicht allein den Arbeiter, in dessen Rechnung sie ein Defizit macht, sondern auch die kleinen Unternehmer, denen die in große Spekulationen verwickelten Kapitalisten keine Gelder vorstrecken. Ohne Zweifel beeinflußten die Kriege, welche das Geldland Amerika führte, und die Chinawirren den Geldmarkt. Angesichts der Krisis sei es doppelt Pflicht der Kollegen, fest zusammenzuhalten, damit das schwer Errungene nicht verloren gehe, die Lebenshaltung des Einzelnen nicht noch mehr herabgedrückt werde. Der Redner erntete reichen Beifall. Beim zweiten Punkt „Unser Lohn- und Arbeitstarif" entspann sich eine sehr lebhafte Debatte, in welcher von mehreren Rednern ausgeführt wurde, daß angesichts der wirthschaftlichen Lage von einer Lohnbewegung im Frühjahr wohl Abstand genommen werden müsse. Nachdem noch Mark in kernigen Worten auf den Werth der Organisation aufmerksam gemacht, ward folgende Resolution einstimmig angenommen: „In Anbetracht der ungünstigen Baukonjunktur sieht die heutige Versammlung sich veranlaßt, von einer Lohnbewegung im Frühjahr abzusehen, dagegen wird sie mit allen Kräften danach hinstreben, ihre Organisation weiter zu kräftigen, um dann bei günstiger Gelegenheit auf's Neue den Kampf aufzunehmen." — Die Versammlung war sehr gut besucht.

Die Seeberufsgenossenschaft beabsichtigt, die Anregung des Kaisers auf Einführung der Tiefladelinie auszuführen, wie solches auch bereits von der Hamburg-Amerika-Linie geschehen. Zu diesem Zweck ist der Kapitän Jansen, bisher Führer des Dampfers „Aragonia", von der Genossenschaft bereits angestellt. In letzter Zeit ist es wiederholt in englischen Häfen vorgekommen, daß deutsche Schiffe wegen Ueberladung einen Theil ihrer Ladung wieder löschen mußten. — Es freut uns, dieses letztere Zugeständniß in einem Rhederblatt zu finden.

Burg auf Fehmarn. Großfeuer. Durch ein in Westermarkelsdorf ausgebrochenes Feuer wurden 13 Häuser, darunter die Schule, zerstört. Sämmtliche Gebäude sind bei der Landesbrandkasse versichert. Der Schaden an Gebäuden wird auf etwa 30 000 Mark geschätzt. Verluste an Menschenleben sind glücklicher Weise nicht zu beklagen; auch an Vieh ist außer einigen Ziegen nichts in den Flammen umgekommen.

Unfall. Am Sonntag Morgen wurden in der Dornestraße die Pferde eines Mobilienwagens scheu und kollidirte derselbe infolgedessen mit einem anderen Wagen. Dabei stürzte eine Kiste herab und traf den beim Umzug behülflichen Laternenanzünder Lund so schwer, daß derselbe wie todt zusammenbrach. Blutüberströmt wurde der Verletzte in seine Wohnung getragen.

Zu **Revisionsaufsehern** sind der Rathhauskastellan Dünnebeil in Nordhausen, der Schutzmann **Meliß** hier, der Feldwebel Kracht in Neustrelitz und der Schutzmann Raudies hier ernannt. — Der Revisionsaufseher Böckmann wurde pensionirt.

* **Aus dem Theaterbureau.** Dienstag den 2. Oktober gelangt „Freie Kunst", Schwank in drei Akten von Georg Lehfelt, zur Erstaufführung. Der Autor versucht hier in satyrischer Weise mit starker humoristischer Färbung den Kampf des banalen Philisterthums gegen die freiheitliche Entwickelung der Kunst zu geißeln und hat sein Werk heute, wo das Gespenst der lex Heinze umherspukt, ein durchaus zeitgemäßes Gepräge. Eine starke rückschrittliche Brise weht von gewisser Seite und da ist es doppelt erfreulich, wenn ein Autor ein paar kräftige Worte findet, um seinem Gefühle freien Lauf zu lassen. — Die Eröffnungsvorstellung der diesjährigen Spielzeit ging Sonntag bei vollständig ausverkauftem Hause in Szene und hatte großen Erfolg. Da ein großer Theil des Publikums nicht mehr Einlaß finden konnte, bringt die Direktion diese Vorstellung Mittwoch den 3. d. M. zur nochmaligen Aufführung.

Wir ersuchen unsere Leser, diejenigen Geschäfte, welche im Lübecker Volksboten inseriren, zu berücksichtigen und bei event. Einkäufen sich auf unser Blatt zu berufen.

Durch die glückliche Geburt eines **kräftigen Mädchens** wurden sehr erfreut
L. Seibert und Frau,
Bertha, geb. Spengler

Logis für Herr oder Dame
St. Annenstraße 8, Et. nach hinten.

Gutes Logis für 1—2 junge Leute
mit voller Pension Mauer 41 a.

Sofort **Logis** für mehrere junge Leute
Lindenplatz 14.

Logis für 2 junge Leute
Marlesgrube 67, 1. Et.

Ein frdl. Logis zu vermiethen
Kahlhorststr. 39 c.

Ein Logis zu vermiethen an einen jung. Mann
Reiferstraße 4 c.

Eine kl. Wohnung zu sofort zu verm.
Preis Mk. 70 Obertrave 20/10

Zu vermiethen zum 1. October
Laden und Wohnung.
Näheres Klappenstraße 6 b, 1. Et.

Zu vermiethen zum 1. Januar 1901 2 Wohnungen von 2 Zimmern nebst Zubehör vor dem Holstenth. an Leuten ohne Kinder oder ältere Leute. Off. u. **C 4** an die Exped. d. Bl.

Gesucht zum 1. Januar **eine Wohnung** vorm Burgthor oder in der Stadt.
Off. u. **C 43** an die Exped. d. Bl.

Zu sofort oder Ostern **1 Schmiedelehrling**, Station außer dem Hause gegen Vergütung.
J. H. F. Gäde,
Ziegelstraße 1, Holstenthor.

Gesucht zum 1. November
ein ordentliches Dienstmädchen
Engelsgrube 59.

Gesucht zu sofort oder zum 1. November
ein ordentliches Mädchen
Näheres Beckergrube 30.

Zu verkaufen eine blühende Myrthe
Falkenstraße 2.

3 Jahrgänge „Für Alle Welt" und „Ueber Land und Meer" zu vertauschen gegen 1 Mantel für 8jähr. Mädchen.
Off. u. **B B 10** an die Exped. d. Bl.

Große und kleine Packkisten zu verk.
Langereihe 9.

Ein Abendmantel, ein Winterüberzieher und ein Bett ist billig zu verkaufen
Aegidienstraße 24, 1. Et.

Eine Anzahl große Henneküken
zu verkaufen. **F. Schuldt,** Friedenstraße 15.

Neue Obst-Kartoffeln
in vorzüglicher Güte jedes Quantum billigst.
Besonders aufmerksam mache auf eine **größere Parthie**
große saftige Birnen Pfund 6 Pfg.
sowie ausgesuchte **echte Zwetschen Pfund 5 Pfg.**
Gurken, Kürbisse etc.
und eine Parthie feines **Spalier-Tafel-Obst Pfund 15 Pfg.**
Karl Voss
Alfstraße 18. Lübeck. Alfstraße 18.
Telephon 1169. Kein Laden. Telephon 1169.
Verkaufszeit von Morgens 8 Uhr bis Abends 8 Uhr.

Eimerbier
von heute an nur Montags Nachm. von 4 Uhr an u. Dienstags Vorm. bis 9 Uhr
L. Hochbaum
Schulstraße 8.

Arbeiter-Stiefel u. Schuhe.
Kernige, feste, wasserdichte Waare
empfiehlt sehr billig
J. Möllendorff, Holstenstr. 9.

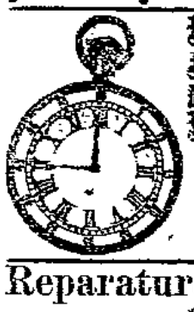
Im Verlag der „Sächsischen Arbeiter-Zeitung" ist erschienen und durch die **Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co., Johannisstraße 50,**
Weltpolitik
Chinawirren
Transvaalkrieg
Eine Rede von
Wilhelm Liebknecht
gehalten zu Dresden im „Trianon" am 28. Juli 1900.
24 Seiten Octav. Preis 15 Pfg.

Kartoffeln
ff. französische und **Magnum bonum**
pr. Sack und Faß, sehr billig
empfiehlt
W. Meyer, Mittelstraße 19 b.

Emma Kagmann, Modistin, Mengstrasse 4.

Lübecker Besohl-Anstalt
3 Große Burgstraße 3.
Herren-Sohlen Mk. 1,50
Damen-Sohlen „ 1,10
Herren-Absätze 50—60 Pfg.
Damen-Absätze 40—50 „
Kindersohlen mit Absätze je nach Größe von 80 Pfg. an.
Nur Kernleder. Nur Handarbeit.
Große Auswahl
in sämmtlichen Schuhwaaren.
Kinderschuhe von 50 Pfg. an.
Damenschuhe von 1,80 an.
Herrenschuhe von 2,80 an.
Inh. **Aug. Berg.**

Geschäfts-Verlegung.
Allen meinen werthen Kunden, Freunden und Bekannten zur Nachricht, daß ich mein **Geschäft** nach der
Warendorpstraße 12
bei der Gloxinstraße
verlegt habe, und ersuche, mich auch ferner zu berücksichtigen.
Bestellungen nach Maaß.
Reparaturen gut, schnell und billig.
Heinr. Fedder, Schuhmachermeister.


Uhren reinigen . 1,50,
Federn einsetzen . 1,50,
1 Jahr Garantie.
Uhrgläser 1. Qual. **0,30.**
Aug. Büttner,
Uhrmacher,
Hüxstraße 32.

Reparaturen an Schuhwaaren
liefert preiswürdig
J. Schramm, Schuhmacher,
Kranesstraße 12, St. Lorenz.
Herren-Sohlen mit Absatz Mk. 1,90—270.
Damen-Sohlen mit Absatz Mk. 1,40—1,80.
Kinder-Sohlen mit Absatz von 80 Pfg. an.

Zum **Ohrringe**einstecken empfiehlt sich
Frau **E. Hannemann,**
Marlesgrube 6, Part.

Spar-Club „Unter Uns".
General-Versammlung
am Mittwoch den 3. Oktober 1900
bei F. Leeke, Lederstrasse 3.

Achtung Gewerkschaftsvorstände.

Alle für das Gewerkschaftskartell bestimmten Zuschriften sind vom 1. October ab zu senden an:
Gustav Ehlers
Alfstraße 20, 1. Et.

Verband der Fabrik-, Land-, Hülfsarbeiter u. Arbeiterinnen Deutschlands
(Zahlstelle Lübeck.)

Versammlung
am Dienstag den 2. October
Abends 8½ Uhr
im Vereinshaus, Johannisstr. 50
Tages-Ordnung:
1. Aufnahme neuer Mitglieder.
2. Weihnachtsvergnügen.
3. Fragekasten.
4. Verschiedenes.

Die Ortsverwaltung.

W. Blumenthal

Schuhwaarenlager

Kohlmarkt, Ecke Sandstr.

Trotz enormer Steigerung der Lederpreise verkaufen noch zu den alten Preisen.

Cord-Pantoffeln
in hübschen Mustern
Kinder 30
Damen 35
Herren 45

Starke Plüschpantoffeln
mit Ledersohle und Ballenleder
Kinder 65, 70
Damen 1,00
Herren 1,25

Filz-Pantoffeln
mit Plüschbesatz
nur 1,00

Damen-Pelz-Pantoffeln
mit Ledersohle
sehr warm
1,25.

Elegante Damenpantoffeln
in großer Auswahl
1,25, 1,50,
2,00.

Damen-Hausschuhe
mit und ohne Ledersohle
1,50, 1,80,
2,50.

Herren-Hausschuhe
mit u. ohne Lederbesatz
3.00 u. 350.

Kinder-Haus-Schuhe
von 50 Pfg. an
in Filz, Cord, Tuch
und Plüsch.

Damen-Lederhausschuhe
warm gefüttert,
2,75, 3,50,
4,00.

Damen-Rossleder-Schnür-Schuhe
3,50.

Damen-rossl. Knopf-Schuhe
3,50.

Damen-rossl. Spangenschuhe
3,50.

Damen-rossl. Haus-Schuhe
3,00.

Damen-Tanz-Schuhe
in reizenden Mustern
1,80, 2,50, 2,75,
3,50—5 Mk.

Herren-Zug- und Schnür-Schuhe
4,50.

Herren-Stiefeletten
in Roß- und Rindleder
4,50, 5,50,
7,50.

Damen-Lederpantoffeln
stark genagelt
1,80.

Damen-Knopf-, Schnür- und Zug-Stiefel
in großer Auswahl

Circus Variete.
Heute und folgende Tage:
Der vollständig neue
II. Spielplan.
25 Künstler aller Welttheile.
Ein Wunder-Programm.
Familie Derrington
Weltberühmte Kunstradfahrer.
Francois Röthig
Münzenbeschwörer.
Gebrüder Rylander
Schwedische Gladiatoren.
Concordia Trio
Gesangsterzett.
Paula Grigatty
Costüm-Soubrette.
Nanny und Adolfi
Tanz-Duettisten.
The Rinellys
Kraftmenschen.
Mr. Rickards
Handschattenkünstler.
Truppe Alexandrowa
Tscherkessen, russischer Tanz.
Sensationelle Compatt-Fechter.
Anfang des Concerts 7½ Uhr.
Anfang der Vorstellung präzise 8 Uhr.
Billets bis 6 Uhr im Vorverkauf ermäßigt.
Jeder Spielplan verbleibt nur 15 Tage.
Stets das Neueste und Amüsanteste für das Familienpublikum.

Achtung Zimmerer!

Regelmässige Versammlung
am Dienstag den 2. October
Abends 8½ Uhr
im Vereinslokal, Hundestraße 101.

Tagesordnung:
1. **Arbeitszeit- und Lohntarif.**
2. **Lokalfrage.**

Erforderlich ist, daß ein jedes Verbandsmitglied in der Versammlung anwesend ist.

Der Vorstand.

W. Niemann, Langereihe 19
Barbier und Friseur.
Zahnziehen 50 Pfg.

Gr. Posten Tilsiter Vollfettkäse
Pfund 20 30 und 40 Pfg.
H. Wiedow, Engelsgrube 34.

Geschäfts-Uebernahme.
Dem geehrten Publikum zur Kenntniß, daß ich
das Bräuwaarengeschäft
von Herrn **Frank** übernommen habe und bitte, das Vertrauen, welches Herrn Frank bewiesen worden ist, auch auf mich übertragen zu wollen.
Ernst Grube, Hinter St. Petri 13.

„Im gold. Apfel", Schmiedestr. 1,
Guter Mittagstisch,
im Abonnem. 80 Pf. **H. Stahr.**

Das Bureau
der Kranken- und Sterbekasse gewerbl. Arbeiter (E.H.Nr.24) sowie des Sanitäts-Verbandes der freien Hülfskassen Lübecks befindet sich jetzt:
Johannisstr. 46.

Stadt-Theater.
Direktion: **Franz Gottscheid.**
Dienstag den 2. Oktober:
3. Vorstellung im Abonn. 1. Dienstags-Abonn.
Freie Kunst.
Schwank in 3 Akten von G. Lehfels.
Kassenöffnung 6½ Uhr. Anfang 7 Uhr.
Mittelpreise.
Mittwoch den 3. Oktober:
Wiederholung der Eröffnungsvorstellung.
Die Räuber.
In Vorbereitung: **Die kleinen Michus.**

Verantwortlicher Redakteur: August Rolf. — Verleger: Theod. Schwarz. — Druck von Friedr. Meyer & Co. — Sämmtliche in Lübeck.

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 229. Dienstag, den 2. Oktober 1900. 7. Jahrgang.

Internationaler Sozialistenkongreß.

Eigener Bericht des „Lübecker Volksbote".

b. Paris, den 26. September 1900.

Fünfter Verhandlungstag.

Vormittags-Sitzung.

Die Diskussion über Punkt 9 der Tagesordnung: „Die Eroberung der staatlichen Macht und die Bündnisse mit den bürgerlichen Parteien" wird fortgesetzt.

Der erste Redner ist Guesde, dem seine Anhänger eine stürmische Ovation bereiten, als er auf der Tribüne erscheint. Er sagt: Meine Resolution über die Wahlbündnisse mit bürgerlichen Parteien stellt bestimmte Bedingungen auf und gewährt damit die Möglichkeit, die Koalitionen auf ein Minimum zu beschränken. Je mehr der Klassenkampf sich verschärft, desto mehr werden die Bündnisse verschwinden. Mit der Resolution Kautsky bin ich in vieler Hinsicht einverstanden, so, wenn sie den Eintritt eines Sozialisten in ein bürgerliches Ministerium nicht als den Beginn der Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat bezeichnet. Es besteht ein Unterschied, auf welche Weise der Eintritt eines Sozialisten erfolgt, ob er erfolgt auf Grund der Erfolge eines Wahlkampfes oder durch die Gnade eines Kabinetts. Mit dem Eintritt eines Sozialisten können im besten Falle nur Theilreformen erzielt werden, die an der Klassenlage des Proletariats so gut wie nichts ändern. Um sie zu verändern, muß die Zentralgewalt eingreifen. Nicht nur ihre Eroberung ist nothwendig, sondern die Diktatur des Proletariats, vor dem schon 1793 die großen, bürgerlichen Revolutionäre zitterten. Auch insoweit bin ich mit Kautsky einverstanden, als seine Resolution darauf hinweist, daß der Eintritt eines Sozialisten desorganisirend und verwirrend auf das Proletariat wirkt, weil sein Klassenbewußtsein geschwächt wird. An dem Standpunkt des strikten Klassenkampfes muß mit Rücksicht auf den internationalen Sozialismus festgehalten werden. Der Sozialismus ist zwar gewachsen, aber er scheint mir an Tiefe und Bewußtsein verloren zu haben. Es hat den Anschein, als ob sein Rückgrat nicht mehr ganz so fest, wie früher ist.

Nicht einverstanden aber bin ich mit der Resolution Kautsky, weil sie der in den ersten Sätzen verurtheilten Auffassung schließlich doch eine Auferstehung bereitet. Der Klassenkampf darf nicht zu einem Zusammenarbeiten der Klassen werden. Auch Liebknecht war der Ansicht, daß ein Sozialist, der in ein bürgerliches Ministerium eintritt, aufhört, Sozialist zu sein. Er kann wohl glauben, er sei es noch, thatsächlich aber ist er es nicht mehr, er kann sich nicht als Sozialist bethätigen, er kann nicht zwei Herren dienen. Der unversöhnliche Klassengegensatz schließt es aus, daß ein und dieselbe Person der Vertreter der Interessen des Proletariats und der Bougeoisie sein kann. Daran wird auch nichts geändert, wenn eine organisirte Partei hinter dem sozialistischen Ministerium steht. Dadurch wird die Situation nur verschlechtert, denn dann trägt die ganze Partei die Verantwortung für die Fehler und Verbrechen des bürgerlichen Ministeriums und seinen Bankerott. Die Partei diskreditirt sich beim Proletariat, sobald diesem die Bedeutung dieses Kompromißministers durch das Knallen der Soldatenflinten und das Blitzen der Gensdarmensäbel klar gemacht wird. Jeder Minister trägt die Verantwortung für die Gesammtpolitik des Ministeriums, auch für seine äußere Politik, für Kriegs- und Flottenkredite. Ein englischer oder deutscher Millerand würden durch ihre Thaten die internationale Solidarität gefährden. Die Resolution Kautsky bringt durch ihre Widersprüche schwere Gefahren für den Marsch des Proletariats. Wir halten daran fest: Außerhalb des Klassenkampfes giebt es kein Heil für das Proletariat! (Stürmischer Beifall.) Die Jaurésisten hatten den Redner an keiner Stelle unterbrochen.)

Die Engländer verzichten auf eine Uebersetzung.

Anseele: Ich gehöre zu Jenen, die Millerand telegraphisch zu seinem Eintritt ins Ministerium beglückwünscht haben. Für mich war nicht einmal die Frage maßgebend, ob die Republik in Gefahr sei oder nicht, für mich handelt es sich blos darum: war der Eintritt eines Sozialisten ins Ministerium für die Interessen des Proletariats und die Sache des Sozialismus von Nutzen oder nicht, und ich bejahe sie. Das Bedeutsamste in der Resolution Kautsky ist, daß der Gedanke ausgesprochen wird, der Sieg des Sozialismus könne nicht die Folge eines Handstreichs sein, sondern nur das Resultat langer und langsamer Arbeit. Das ist der Bruch mit der Vergangenheit. Bisher haben auch wir, ähnlich wie die Kirche ihre Gebühren auf die Schönheiten des Himmelreichs, die Bourgeoisie auf die Allheilkraft der politische Freiheit verwiesen, nur allzulange den Glauben an den großen Tag der Revolution gepredigt, dadurch ist nur allzu oft die Meinung entstanden, als ob wir bis dahin die Hände in den Schoß legen dürfte. Von heute an gilt eine andere Taktik — und diese bringt nicht, wie Guesde fürchtet, eine Schwächung des sozialistischen Bewußtseins — die Taktik der unaufhörlichen, unermüdlichen Kleinarbeit des Tages. Es ist leicht, jugendliche begeisterte Herzen zu entflammen für den letzten großen Kampf, viel schwieriger ist es, als Mitglied einer Organisation Tag für Tag seine kleinen, aufreibenden Pflichten zu erfüllen. Der Barrikadentod sei rühmlich, ebenso rühmlich diese Kleinarbeit. Wir erweisen den früheren Vorkämpfern der Revolution alle Ehre, aber wir dürfen auch die nicht gering schätzen, die heute für bessere, den eigentlichen Bedürfnissen entsprechende Methoden des Kampfes eintreten. Trotzdem wir für Erreichung unserer Ziele nur friedliche, gesetzliche Mittel anwenden, wird uns der letzte Kampf kaum erspart werden, denn die Bourgeois werden ihre politische und wirthschaftliche Expropriation nicht widerstandslos über sich ergehen lassen. Deshalb müssen wir uns organisiren, fest zusammenschließen. Man hat Millerand einen Verräther genannt, weil er in ein Bourgeoisministerium eintrat. Würde man einem Gewerkschaftsmitglied es zum Vorwurf machen, daß er in die Leitung eines großen industriellen Betriebes eintritt, weil dessen Besitzer dazu sich unfähig erklären muß? Würde man ihn für alle Kniffe und Pfiffe des kapitalistischen Systems verantwortlich machen können, wie man jetzt Millerand für jede einzelne Handlung des Bourgeoisministeriums gegen die Arbeiter verantwortlich macht? Guesde hat gemeint, der Sozialismus sei wohl in die Breite, nicht aber in die Tiefe gegangen. Nun, wenn dem Arbeiter vielfach infolge Nebenarbeit, elender Löhne, mangelnder Erziehung die Fortbildung und Einsicht in die gesellschaftlichen Zusammenhänge fehlt, dann müssen wir erst recht eine Taktik begrüßen, welche die Hebung der Arbeiterklasse zur Aufgabe sich stellt. Und diese neue Taktik wird das Mittel sein, die Wehrfähigkeit des Proletariats im Kampfe gegen die kapitalistische Gesellschaft zu erhöhen und zu verstärken. (Lebhafter Beifall.)

Vaillant (Blanquist) schließt sich den Ausführungen Guesdes' an und verwirft jede Theilnahme an einem bürgerlichen Ministerium. Anseele erwidert er, ein Volksführer, der seine Schuldigkeit nicht thut, wird hinausgeworfen, dasselbe würde auch einem sozialistischen Minister passiren, der nicht seine Schuldigkeit im Bann der Bourgeoisie thut. Wir wollen nicht die Mitschuldigen der Männer sein, auf deren Conto die Flintenschüsse von Chalons kommen. Anseele hat von der großen letzten Schlacht gesprochen, aber wie können wir diese Schlacht gewinnen, wenn wir nicht die Massen hinter uns haben, die das Vertrauen zu uns verlieren müssen, wenn sie sehen, daß wir die Mitschuldigen an den Verbrechen des Kapitalismus sind. Wir bewundern die Tiefe der Gedanken Kautsky's, aber seiner Resolution können wir nicht zustimmen. Er, der in Hannover so siegreich gegen Bernstein gekämpft hat, kapitulirt hier vor Bernstein.

Auer: Neues ist uns Deutschen hier in den langen Debatten nicht gesagt worden. Alles das, was die französische Arbeiterschaft bewegt, erregt und spaltet und uns genöthigt hat, stundenlangen Erörterungen anzuhören, haben wir schon vor Jahren in Deutschland erörtert, vielleicht nur nicht so leidenschaftlich wie Sie hier. Die Frage der Bündnisse mit bürgerlichen Parteien, des Eintritts in die Kommunalverwaltungen ꝛc. beschäftigten uns schon vor 20 Jahren, und schließlich haben wir, genöthigt durch die Erfahrungen, das gethan, was die Franzosen schließlich jetzt auch thun müssen, wenn sie nicht die vitalsten Interessen der Arbeiterklasse verletzen wollen. Gewiß, ein Fall Millerand hat bei uns noch nicht gespielt! Soweit sind wir noch nicht! Aber ich hoffe, daß wir möglichst bald auch so weit sein werden. (Beifall.) Für uns ist diese Frage eine reine Doktorfrage. Unsere Parteiführer, an die eine solche Frage herantreten könnte, stehen augenblicklich der Gefängnißzelle näher als dem Ministerposten. (Gr. Heiterkeit.) Ich hatte bei all diesen Verhandlungen die Empfindungen des Tagelöhners in Reuters „Stromtid", in dessen Gegenwart die Vorzüge von Speisen erörtert wurden. Und der einfache niederdeutsche Landarbeiter meinte: Backpflaumen und Rindfleisch ist ein sehr gutes Essen, aber wir kriegens man nicht. (Stürm. Heiterkeit.) In dieser Situation befinden wir uns auch. Aber die Sache hat noch eine andere Seite. Was war denn der Anlaß, daß in Frankreich ein sozialistischer Minister kam? Es handelte sich darum, ob in Frankreich die Republik vernichtet wird, die Reaktion siegt und damit die allgemeine Bewegung für die Befreiung, um die gerade auf französischem Boden Ströme von Blut geflossen sind, auf Jahrzehnte zurückgeworfen würde. Ich folge nur unserer Parteitradition, wenn ich erkläre: In solchen Momenten, wo es galt, die Reaktion abzuwehren in ihren Angriffen auf die Freiheit, wo es galt, wirthschaftlichen und politischen Rückschritt zu verhindern, da haben wir uns keinen Augenblick besonnen, unsere Schuldigkeit zu thun. Würde eine solche Frage vor uns sich aufthun, dann würden wir den Parteien die in der Zwangslage sind, sich an was wenden zu müssen, sagen: Seid versichert, unsere Tradition, unsere Existenz verlangt, daß wir im Kampf um Freiheit, Recht und Fortschritt mit Euch gehen. Vielleicht hätten wir mit Rücksicht auf unsere Führer, die wir lieben, gesagt: Wir verzichten auf Ministersessel, aber Ihr könnt Euch doch auf uns verlassen. Wenn man uns aber gesagt hätte: Es ist ja eine bloße Bourgeoisangelegenheit, die Euch nichts angeht, es handelt sich ja nur um die Frage, ob eine konservative oder demokratische Republik sein soll, dann hätten wir erklärt: Nein, so ist es nicht! und wir hätten die Losung ausgegeben: Loubet, und unter keinen Umständen ein Cäsar! (Stürm. Beifall.) In der Kommission habe ich nur für uns erklärt: In Deutschland wäre unter unseren Verhältnissen ein Parteigenosse, der ohne Billigung der Partei in ein Ministerium eintreten würde, eine Unmöglichkeit. Ich habe mich aber wohl gehütet, das, was für unsre deutschen Verhältnisse selbstverständlich ist, auch auf fremde Verhältnisse auszudehnen. Bei dem Fall Millerand ist mir der Gedanke aufgestiegen: bei der Zerfahrenheit, bei den Meinungsverschiedenheiten, bei dem babylonischen Thurmbau, in dem sich unsere französischen Genossen befinden — ja, wen hätte denn Millerand eigentlich fragen sollen? (Lebhafte Zustimmung) Wollen Sie die Fälle Millerand verhüten, dann schlichten Sie Ihre Streitigkeiten, werden Sie eine starke, geeinigte, große Partei, und wenn dann so historische Momente kommen, wie der, in dem Sie sich befanden, dann werden Sie erst die Macht, die Gewalt, den imposanten Einfluß einer geeinten französischen Sozialdemokratie erkennen. An uns ist dieser Moment leider noch nicht herangetreten. Und wir wollen nur wünschen, daß dieser große Moment, wo er auch wieder eintritt, kein kleines Geschlecht finde! (Lebhafter Beifall.) Ich habe für die Resolution Kautsky gestimmt, nicht daß ich jeden Satz darin unterschriebe. Aber es kommt auf die allgemeine Tendenz an, und mit dieser bin ich einverstanden. Es ist der Vorwurf gegen die Resolution Kautsky erhoben worden, sie schwimme, sie sei vag, sie treffe nicht Vorkehrungen für alle Fälle. Wenn die Resolution das thäte, würde ich nicht dafür stimmen. Wir wollen uns nicht für alle Zukunft die Hände binden. An der Hand unserer theoretischen Erziehung und unseres Programms wollen wir in den gegebenen Fällen unsere Stellung nehmen. Das Recht lassen wir uns nicht nehmen. Wir sind keine Fanatiker, keine Propheten, keine Religionsstifter, die die letzte Wahrheit bereits in der Tasche haben. (Lebh. Beif.) Wir suchen die Wahrheit, und dem Streben nach Wahrheit haben wir den Weg offen zu halten. (Lebh. Beif.) Deshalb stimmen wir für die Resolution Kautsky.

Wir wünschen, daß aus unseren Verhandlungen, nachdem sie aus hier aufgezwungen wurden, die Franzosen die Lehre ziehen mögen, daß sie derartige Dinge unter sich und im eigenen Hause auszumachen haben. Denken Sie einmal, wenn wir mit der Frage der Landtagswahlbetheiligung hierher kommen wollten! (Heiterk.) Die internationalen Kongresse können nur die großen allgemeinen Gesichtspunkte geben. Darin ruht ihre Bedeutung. Sie sind eine Demonstration des organisirten Proletariats, dieser großartigen Macht, der die Zukunft gehört. Wir wünschen, daß die Franzosen nicht als Sieger und Besiegte, sondern Schulter an Schulter mit uns den Saal verlassen, als Kämpfer für die Sache des internationalen Proletariats! (Stürm. Beifall, an dem aber die Guesdisten sich nicht betheiligen.)

Die Mittagspause tritt ein.

In der Pause nehmen die Nationalitäten die Wahlen für das internationale Komitee vor.

Nachmittagssitzung.

Die Sitzung wird durch eine Erklärung Costas eingeleitet, der im Namen der Mehrheit der italienischen Delegation erklärt, daß sie für die Resolution Kautsky stimmen werde. Die von Ferri vorgeschlagene Resolution sei vom letzten italienischen Nationalkongreß mit 66 gegen 103 Stimmen abgelehnt und die sogenannte „autonome Taktik" der Provinzialverbände gutgeheißen worden. Da der Redner auf die italienischen Streitfragen, die aber nie zu einer Scheidung und Spaltung führen werde, ausführlich eingeht, wird er von den ungeduldigen französischen und englischen Delegirten, die endlich die Abstimmung haben wollen, stürmisch unterbrochen und muß schließlich abtreten.

Es folgt die Abstimmung. Die Feststellung des Abstimmungsmodus macht erhebliche Schwierigkeiten.

Die Resolution Kautsky wird mit 29 gegen 9 Stimmen

Spottdrossel.

Roman von E. Vely.

(16. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

Dann sind sie an Ort und Stelle, in der Nähe eines Steinbruchs, wo Hans schon gute Funde gemacht hat und wo sich nach Herrn Damians Meinung noch mehr verbergen muß. Hans läßt seinen Begleiter die Leuchte halten und beginnt seine Arbeit. Mühsam kommt er vorwärts, loses und festes Erdreich, Steine, Wurzeln kommen vor seine Hacke und wenn er einige Fuß weit gegraben, setzt er sich nieder und durchwühlt mit suchenden Händen das Losgelöste.

Selten spricht er ein Wort, desto redseliger ist der Däne. Er begleitet jeden Schlag, Stich und Wurf mit einer Bemerkung, jeden enttäuschten Seufzer vom Hans mit einem lauten Aechzen: „Da soll Eins — wieder nix."

Einmal hält Hans an, um sich auszuruhen. Der Däne kann das Licht niederstellen und reibt seinen Arm.

„'s ist eine Arbeit," sagt er, „aber was ist's gegen den Krieg. Gieb Du nur erst Acht, da kommt's anders. Gelt, bald mußt auch ran — Musterung, he, Musterung — giebt Acht."

„Je eher, je besser — i hab so schon dran gedacht," murmelt Hans und schleudert weithin in's Dunkle einen Stein, von fern hört man ihn mit dumpfem Krach niederschlagen. Wie für sich allein setzt er dann hinzu: „Die Mutter Marzel freilich, die thät sich grämen, die thät um mi heulen, sonst Keins auf der Welt."

„Nit wahr ist's" ruft der Däne, „sündhaft gelogen ist's, was Du schwätzt. Sind wir aus dem Armenhäusle nit all Deine guten Freund? Und ein Mädele weiß i, das würd arg thun."

„Ein Mädele!" spricht Hans nach und dann ruft er verächtlich: „O, red mir auch nit von so 'was — mit denen hab i nix gemein — das ist eine Waar', für die geb i kein' Heller."

„So bin i nit gewesen," sagte der Däne, „i hab nit Reißaus genommen, wenn eine Dirn' mir nach gewollt hat. Aber Du! Du gewahrst's gar nit einmal, wenn Eine nach Dir ausschaut, wann Du gehst und wann Du heimkommst — Und ist ein sauberes Ding, das i meinen thu! Roth und weiß und so goldig's Haar. — Was kann's dafür, daß es mit nur einem Arm zur Welt kommen ist?"

„Vom Einärmle sprichst?" fragt Hans, „o je auch — — 's Einärmle thut mi mögen?" Er lacht. „Weißt, darnach hab i noch nit geschaut, ob's schwarz wie ein Mohr oder gelb wie eine Zigeunerin ist — hab's nimmer anguckt!"

„Das ja eben ist's, was die Dirn' grämen thut," sagt der Däne. „'s könnt schon Schätz haben, wann's nur wollt, sein' Mutter will's schon! Aber die Dirn ist ordentlich und leiden mag's nur Di!"

„Was hab i dazu gethan?" spricht der Hans verächtlich und faßt dann voller Wuth nach seiner Hacke. Er sieht Ursels braunen Kopf und ihre tanzenden Zöpfe vor sich und lacht bitter. Die hat nichts von ihm wissen wollen — aber im Armenhause sitzen die Mädel, die nach ihm ausgucken. Der Däne will noch etwas reden, Hans schreit ihn an: „Schweig jetzt auch!"

Schlag um Schlag führt er kraftvoll aus gegen das harte Gestein, auf welches er jetzt trifft, und Innen hat er einen Zorn. Seinesgleichen ist freilich die einarmige Maria aus dem Armenhäusle — er hätt' sich nur nicht zu hoch halten sollen für die, ihre Mutter ist auch eine Ausländische, wie die seine, und den fremd ausgesprochenen Namen Maria hat ihr die mit aus dem Westfälischen gebracht, wo sie zu Hause ist.

Also die schaut nach ihm aus? Die Tänzerin aus der Bude hat's auch gethan — ist's wahr, daß er den Frauenzimmern gefallen soll? Was nützt's ihm? Die Eine, die er mag, geht ja mit dem Geldsack, mit dem Rupert Schüllin demnächst zur Trau.

„Mir ist's als hätt' i Stimmen gehört," sagt der Däne auf einmal, „im Krieg, weißt, da schärft sich's Gehör' —"

„Schweig!" schreit ihn Hans wieder an.

Eine Weile vergeht, da springt der Däne auf. „Wenn's nit lebige Menschen sind, so kommt uns der Teufel über den Hals!" ruft er. „Guck — guck, ein Feind ist's!"

Wie sich Hans wendet sieht er Lichter, hört Stimmen, Schritte — und eh er noch das Geräth von sich werfen kann, sind viele Menschen um ihn und den Dänen im Halbkreis.

„Da haben wir sie! Nun ist's am Tag" — schreit eine Stimme, Hans kennt sie, vor ein paar Stunden ist sie von den Wänden von Mutter Marzels Hütlein zurückgeklungen.

„Waldfrevel, Einbruch auf fremdem Eigenthum, Schatzgräberei — was weiß i Alles! So — da hätten wir den Vogel — und da noch einen — gebt Euch gutwillig. Wir haben Gewehre!"

Hans lacht. „Habt eine ganze Armee auf die Bein' gebracht, eh? So viel Müh' hättet Ihr Euch nit zu machen brauchen — und was wir hier treiben, ist nix Unrechts. I such alte Scherben — die hab'n höchstens für gelehrte Leut' ein' Werth — Und weil's am Tag nit angeht —"

„Schweigst!" brüllt Weigert, der sieht, daß für ihn die Stunde der Rache gekommen ist, „schweigst Du?"

„Der Dän' hat nit Hand angelegt," sucht Hans seinen Begleiter zu entschuldigen. Die sieben Bauern, die da herumstehen, reden durcheinander, was nun zu geschehen hat, bis Einer vortritt und sagt: „I hab die Order vom kranken Schultheiß! Dingfest soll'n sie gemacht werden und im Spritzenhäusle verwahrt bleiben, morgen aber nach Nagold überführt werden. Denn alle Vermuthung liegt vor, daß wir's hier mit denen zu thun haben, die vor zwei Jahren einen Leichenraub ausgeführt haben —"

„Sind keine Einheimischen gewesen dazumal," wirft eine

angenommen, (jede Nation giebt 2 Stimmen ab), Frankreich, Italien, Polen und Rußland stimmen getheilt, Bulgarien und Amerika dagegen. Die Resolution Guesde, betr. die Wahlbündnisse, wird durch Akklamation angenommen. Das Ergebniß der Abstimmung über die Resolution Kautsky giebt zu stürmischen Szenen Anlaß. Die Guesdisten rufen: „A Châlons!" (woselbst streikende Arbeiter von der Gensdarmerie nieder geschossen wurden(und „Les bons ministeriels!" (die braven Ministeriellen).

Es folgt Berathung der Punkte 4 und 5 der Tagesordnung: „Der Völkerfriede, der Militarismus, die Beseitigung der stehenden Heere, die Kolonialpolitik." Hierzu liegen zwei Resolutionen vor: van Kol begründet die Resolution zur Kolonialpolitik, welche lautet:

1) In Erwägung, daß die Entwicklung des Kapitalismus nothwendig zur kolonialen Expansion, diese zur Ursache von Konflikten unter den Regierungen führt.

daß der Imperialismus, der die nothwendige Folge davon sei, in allen Ländern den Chauvinismus gebäre und zu immer größeren Ausgaben für den Militarismus zwinge;

In Erwägung, daß die Kolonialpolitik der Bourgeoisie keinen anderen Zweck habe, als den Profit der Kapitalistenklasse zu steigern und das kapitalistische System aufrecht zu erhalten, indem sie dabei Gut und Blut des alle Werthe schaffenden Proletariats vergeudet und Verbrechen und Grausamkeiten ohne Zahl an den Eingeborenen der mit Waffengewalt eroberten Kolonie verübt,

erklärt der Kongreß:

daß das organisirte Proletariat alle ihm zur Verfügung stehenden Mittel anwendet, um die kapitalistische Kolonialbesitzausdehnung zu bekämpfen, die Kolonialpolitik der Bourgeoisklasse zu verdammen und unter allen Umständen und mit aller Kraft die Ungerechtigkeiten und Grausamkeiten zu geißeln, die auf allen Theilen der Erde sich abspielen, welche der Raubgier eines ehr- und rücksichtslosen Kapitalismus ausgeliefert sind.

Deßhalb empfiehlt der Kongreß ganz besonders folgende Maßnahmen:

1) Daß die verschiedenen sozialistischen Parteien überall, wo die wirthschaftlichen Verhältnisse es gestatten, sich angelegentlichst mit dem Studium der Kolonialfrage beschäftigen;

2) daß Alles gethan werde, um in den Kolonien die Bildung von sozialistischen Parteien, die in Verbindung mit dem Mutterlande bleiben, zu fördern

und daß 3) zwischen den sozialistischen Parteien in den verschiedenen Kolonien Beziehungen und engere Verbindungen hergestellt werden." (Lebhafter Beifall.)

Hyndman: Als englischer Sozialist, also als Angehöriger des größten Kolonialreichs der Welt, lege ich das größte Gewicht darauf, hier mit dem internationalen Proletariate gegen die Kolonialpolitik zu protestiren. Ich stimme um so lieber der Resolution zu, weil sie auch die schamlose Politik verurtheilt, die England gegen Transvaal führt, die uns englischen Sozialisten mit Trauer und Scham erfüllt. Hyndman giebt dann eine eingehende Schilderung des Räubersystems Englands gegen Indien und der Ursachen der dort periodisch wiederkehrenden Hungersnöthen. Und dabei müsse man beachten, daß England in Indien nicht etwa eine höhere Kultur geschaffen, sondern vielmehr eine alte Kultur zerstört habe, die viel besser gewesen als unsere. Und dasselbe Schauspiel wiederholt sich jetzt in China. Wolle das Proletariat sich nicht zum Mitschuldigen an diesem Verbrechen machen, müsse es im Sinne der vorgelegten Resolution handeln.

Quelch (von der Sozialdemokratischen Federation Englands) schließt sich mit feurigen Worten Hyndman an; zur Ehre der englischen Arbeiter müsse er hier anführen, daß trotz aller systematischen Korruptionsversuche der Kapitalisten Englands, die nach den Goldgruben Transvaals lüstern, es nicht gelungen sei, auch nur einen einzigen organisirten englischen Arbeiter, geschweige denn eine Organisation zu einer Zustimmungserklärung für den Krieg zu bringen. Die ganze englische Presse sei bestochen und korrumpirt, nur die Arbeiter haben ihren Schild rein erhalten. Und vielleicht hätte die Resolution auch die Aufforderung enthalten sollen, der korrupten Kapitalistenpresse eine ehrliche, unbestochene Volkspresse entgegenzustellen.

Curran-London (Gasarbeiter): Im Auftrage der 50 000 Gewerkschaftler, die ich vertrete, schließe ich mich dem Proteste meiner Vorredner und der Resolution an. In England ist man jetzt besonders bemüht, den Gewerkschaftlern zu predigen, die Kolonialpolitik liege in ihrem Interesse, denn sie schaffe neue Absatzgebiete, vermehre damit die Arbeitsgelegenheit, steigere die Löhne. Aber die englischen Gewerkschaftler sind mit solchen Redensarten nicht zu fangen; sie erwidern: so lange es in England noch Kinder giebt, die hungernd zur Schule gehen, so lange es Arbeiter giebt, die in Lumpen einhergehen, Arbeitslose, die im Elend verkommen, haben die englischen Arbeiter kein Interesse daran, die von ihnen produzirten Waaren in die Kolonien zu exportiren. Und wenn die Jingos jetzt jubeln, England sei ein herrliches Land geworden, in dem die Sonne nie untergehe, so sage ich: in England giebt es Tausende von Stätten, in denen die Sonne noch nie aufgegangen ist. (Stürmischer Beifall)

Nachdem Maurice (Guadeloupe) noch die Resolution unterstützt, konstatirt van Kol im Schlußwort, daß gegen die Resolution kein Wort des Widerspruchs erhoben worden sei. Das internationale Proletariat biete hiermit das erhebende Schauspiel, einstimmig die kapitalistische Kolonialpolitik gebrandmarkt zu haben.

Die Resolution wird einstimmig angenommen.

Der Präsident giebt Mittheilung von Zustimmungsschreiben, u. A. aus Canada und Queensland (Australien). Ein Antrag, den österreichischen und englischen Arbeitern die Sympathien des Kongresses für ihre Wahlkämpfe auszusprechen, findet jubelnde Zustimmung. Eine der am Kongreß vertretenen revolutionären russischen Gruppen erklärt, daß sie sich nicht an der Wahl zum Internationalen Komitee betheilige.

Die Resolution gegen Weltpolitik und Militarismus lautet:

Bezugnehmend auf die Beschlüsse der Int. Soz. Kongresse von Paris 1889, Brüssel 1891, und London 1896, die den Militarismus als eines der verhängnißvollsten Ergebnisse der kapitalistischen Ordnung verurtheilten und die Abschaffung der stehenden Heere, die Einrichtung internationaler Schiedsgerichte, sowie die Entscheidung über Krieg und Frieden durch das Volk verlangen;

in Erwägung ferner, daß die seit dem letzten Internationalen Kongreß eingetretenen Ereignisse klargelegt haben, wie sehr die bisherigen politischen Errungenschaften des Proletariats, sowie die gesamte ruhige und normale Entwickelung der heutigen Gesellschaft durch den Militarismus, besonders in seiner neuesten Form, als Weltpolitik bedroht werden;

in weiterer Erwägung endlich, daß diese Politik der Expansion und des Kolonialraubes, wie uns der Kreuzzug gegen China zeigt, internationale Eifersüchteleien und Reibungen entfesselt, die den Krieg in einen permanenten Zustand zu verwandeln drohen, dessen wirthschaftliche, politische und moralische Kosten das Proletariat allein zu tragen hätte,

erklärt der Kongreß:

1) daß es nöthig ist, daß die Arbeiterpartei in jedem Lande mit verdoppelter Wucht und Energie gegen den Militarismus und die Kolonialpolitik auftrete;

2) daß es vor Allem unbedingt nothwendig ist, die weltpolitische Allianz der Bourgeoisien und Regierungen zur Verewigung des Krieges durch eine Allianz der Proletarier aller Länder zur Verewigung des Friedens zu beantworten, das heißt von mehr oder minder platonischen Demonstrationen der internationalen Solidarität auf politischem Gebiet zur energischen internationalen Aktion, zum gemeinsamen Kampfe gegen den Militarismus und die Weltpolitik überzugehen.

Als praktisches Mittel hierzu beschließt der Kongreß:

1) Daß die sozialistischen Parteien überall die Erziehung und Organisirung der Jugend zum Zwecke der Bekämpfung des Militarismus in Angriff zu nehmen und mit größtem Eifer zu betreiben haben;

2) daß die sozialistischen Vertreter in allen Parlamenten unbedingt gegen jede Ausgabe für Zwecke des Militarismus, Marinismus oder der Kolonialexpeditionen zu stimmen verpflichtet sind;

3) daß die ständige internationale sozialistische Kommission beauftragt wird, bei allen entsprechenden Gelegenheiten von internationaler Tragweite in allen Ländern eine gleichzeitige und gleichförmige Protestbewegung gegen den Militarismus in's Leben zu rufen.

Hierzu referirt Rosa Luxemburg: Beide Kommissionen, die vierte und die fünfte, haben von Anfang an zusammen getagt, weil ja Militarismus und Kolonialpolitik nur zwei verschiedene Seiten der einen Erscheinung Weltpolitik sind. Auf internationalen Kongressen ist der Protest gegen den Militarismus nichts Neues, in seinem revolutionären Instinkt hat das Proletariat von jeher empfunden, daß es im Militarismus den Todfeind aller Kultur zu erblicken hat. Schon die alte Internationale hat mehrfach solche Proteste formulirt. Für uns handelt es sich nicht blos um Wiederholung, sondern darum, etwas Neues zu schaffen gegenüber der neuen Erscheinung der Weltpolitik, die auch den deutschen Parteitag in Mainz beschäftigt hat. Die Rednerin schildert unter dem Beifall des Kongresses die Delirien der Weltpolitik, den Maelstrom der Kolonialpolitik, die in den letzten sechs Jahren vier blutige Kriege heraufgeführt haben. Dagegen dürfen sich die Sozialisten nicht mehr auf platonische Deklarationen beschränken. Bisher gab es nur auf ökonomischem Gebiete internationale praktische Aktionen. Kein Wunder, während auf ökonomischem Gebiete die gleichen Bedingungen herrschten, bestanden auf politischem Gebiete Verschiedenheiten. Auch hier hat die Weltpolitik einen Umschwung herbeigeführt. Derselbe Militarismus, Marinismus, dieselbe Jagd nach Kolonien, dieselbe Reaktion, derselbe permanente Kriegszustand überall. Damit ist aber auch eine neue Grundlage für die sozialistische Aktion geschaffen. Der Allianz der imperialistischen Reaktion muß das Proletariat eine internationale Protestbewegung entgegensetzen. Die Resolution enthält praktische Vorschläge dazu. Immer mehr bricht sich die Ueberzeugung Bahn, daß der Zusammenbruch der kapitalistischen Ordnung nicht durch eine ökonomische, sondern durch eine politische, durch die Weltpolitik herbeigeführte Krisis erfolgen wird. Vielleicht wird die Herrschaft der kapitalistischen Ordnung noch sehr lange dauern. Aber die Stunde wird kommen, und wir müssen uns durch ständige Aktion darauf rüsten. (Bravo!)

Rednerin bittet um einstimmige Annahme der Resolution, die per Akklamation erfolgt.

Unter jubelnder Zustimmung des Kongresses überreichen die sozialistischen Frauen Frankreichs an Clara Zetkin für ihre so überaus anstrengende und hingebungsvolle Arbeit als Uebersetzerin ein prachtvolles Blumen-Arrangement mit rother Schleife, welche die Widmung trägt: „Die sozialistischen Frauen Frankreichs an Clara Zetkin". Bewegt antwortet Genossin Zetkin, sie nehme die Widmung an, nicht für ihre Person, sondern für die deutsche Frauendelegation, die in unverbrüchlicher Solidarität mit den Sozialisten aller Länder sich verbunden fühle.

Ein Protest gegen die Unterdrückung der Polen durch den Zarismus, der Buren durch die Engländer und der Armenier durch die Türken findet einstimmige Annahme.

Iphigenie auf Tauris.

Herr v. Bülow ist ein Schlaukopf. Das will nun freilich bei einem Diplomaten nicht viel besagen, denn das zu sein ist er seiner amtlichen Stellung schuldig, und wenn Gott nach dem Sprüchwort Jedem, dem er ein Amt giebt, auch Verstand giebt, so giebt er gewiß den Diplomaten eine doppelte Portion dieses kostbaren Artikels. Also sagen wir: Herr v. Bülow ist schlauer als — man nach seiner Chinapolitik annehmen könnte. Offenbar um in feiner Weise anzudeuten, daß er, wenn er nach dem eigenen Kopf hätte handeln können, eine ganz andere Chinapolitik verfolgen würde, hat er in seinem Schreiben an den Direktor des Deutschen Schauspielhauses in Hamburg, Dr. v. Berger, sich so anerkennend über die Wahl der Goethe'schen „Iphigenie" für die Eröffnung ausgesprochen.

Was Goethes „Iphigenie" mit der Chinapolitik zu thun hat? Ei, wer könnte die Beziehungen zwischen Beiden übersehen! Vielleicht hat sogar Herr v. Berger als politischer Schlaukopf dieses Bühnenwerk sinnig gewählt, getreu seinem Programm: „vorzuführen, was unsere Zeit bewegt". Was bewegt die heutige Zeit mehr als die Chinafrage?

Iphigenie in Tauris — die Tochter des hochzivilisirten Griechenlands in dem Halbbarbarenland der Skythen, das sich zu dem Lande der Hellenen verhält wie heute China zu den zivilisirten Staaten. Die Vertreterin der höheren hellenischen Kultur ist bestrebt und bringt es fertig, diese dem fremdenfeindlichen Halbbarbarenvolk einzuflößen.

Vor ihrer Ankunft in Tauris wurden dort alle Fremden den Göttern geopfert.

„Kein Fremder nahet glücklich unserm Ufer;
Von Alters her ist ihm der Tod gewiß.
Nur Du hast mich mit reiner Freundlichkeit . . .
Gefesselt, daß ich meiner Pflicht vergaß"

sagt zu ihr der König Thoas im ersten Akt, und im zweiten sagt von ihr Pylades:

„Ich weiß, ein fremdes göttergleiches Weib
Hält jenes blutige Gesetz gefesselt,
Ein reines Herz und Weihrauch und Gebet
Bringt sie den Göttern dar. Man rühmet hoch
Die Gütige."

Geläuterte religiöse Vorstellungen vertritt sie:

„Der mißversteht die Himmlischen, der sie
Blutgierig wähnt; er dichtet ihnen nur
Die eignen grausamen Begierden an."

Sie glaubt nicht an blutdürstigen Götter, auch nicht an Götter blutiger Rache.

Kann man verkennen, daß Goethe — der seinen Stoff in ganz anderem Geiste behandelte als vor 2000 Jahren Euripides — die hellenische Kultur als die Kultur des Humanitätsideals auffaßte und die eigentliche Idee der herrlichen Dichtung die ist: wie ein zurückgebliebenes, noch in urwüchsiger Brutalität steckendes Volk durch Freundlichkeit und leuchtende Vorbilder zur höheren Gesittung schöner Menschlichkeit erzogen wird.

Nicht, wie die Literarhistoriker meinen, das edle Weib, das verklärend und veredelnd auf ihre Umgebung wirkt, ist der Kerngedanke, sondern die höhere Zivilisation schöner Menschlichkeit, die ein rückständiges Volk zu sich emporzieht. Denn:

„Es hört sie (die Stimme der Wahrheit und Menschlichkeit) Jeder
Geboren unter jedem Himmel, dem
Des Lebens Quelle durch den Busen rein
Und ungehindert fließt."

Bekanntlich hat Goethe dem Schauspieler Krüger ein Prachtexemplar der Dichtung überreicht, in das er einige Strophen schrieb, welche schließen:

„Alle menschlichen Gebrechen
Sühnet reine Menschlichkeit."

Durch freundliches, mildes, gütiges Wesen ihrer Repräsentanz strahlt der hellenische Humanismus die höhere Gesittung in die rohen Gemüther der Skythen; nicht aber mit Waffengewalt drängt er sie ihnen auf.

So durchdrungen ist der Dichter von der zivilisatorischen Wirkung sittlichen Adels, daß er seine Heldin im letzten Akt den blutigen Anschlag der beiden Freunde ver-

---

Stimme vertheidigend ein. Dann erwidert Hans dem ersten Sprecher: „Jörg Kun, hast Dein' Schlaf geopfert, um uns hier zu fangen — was liegt Dir denn auch so sehr dran!"

„Nehmt ihn fest den Buben!" kreischt Einer.

„Rupert Schülin, Du auch! Die reichsten Bauern sind meinethalben daher," spottet Hans." „Das ist einmal eine seltene Ehr. Gebt auch nur Acht, daß Ihr Euch nicht verfühlt, Ihr jungen, lustigen Hochzeiter Ihr!"

Der Däne, den man bindet, hat alle Heldenhaftigkeit verloren.

„Au! Au doch!" schreit er, „i bin ein alt's elendig's Männle, i bin nur mit gangen, weil — weil's mir gesund ist, nachts zu laufen."

Hans steht da und blickt um sich. Auch ihm werden sie Fesseln anlegen — und morgen so vielleicht vor aller Augen in die Oberamtsstadt schicken und dort sind die Tänzersleut noch und die mit den lustigen Augen könnt' ihn sehen! Wär's nicht besser, wenn er sich jetzt wendet und zu entfliehen versucht! — mag ihn dann doch auch eine Kugel niederstrecken.

Da sagt der Jörg Kun hämisch:

„Seht Leut, das habt Ihr Euch in der Gemeind' großgezogen — das! Der Marzel ihre Braut — der Hex ihr Pflegling! Ist eine Schand!"

Mutter Marzel! Hans sieht das arme verlassene Weiblein in seiner Hütte, sie wird älter und älter — und er soll ihr nicht vergelten, was sie um ihn gethan und gelitten hat? Nein er nimmt nicht Reißaus.

Rasch tritt er näher an die Leute, die erst einen Schritt zurückweichen, als wollen sie sich versichern, daß er keine verborgenen Waffen hervornimmt.

„Mein' Sach ist eine ehrliche — i fürcht' mi nit — da, bindet mich nur getrost!"

Noch ein Zaudern, dann kommandirt der Jörg: „Zu doch — drauf!" und sechs Hände vollziehen die Arbeit gemeinsam. Weigert prüft die Festigkeit der Stricke und der Knoten und lacht roh. „Die thun sitzen bis zum jüngsten Tag." Hans verzieht nicht eine Miene und sagt kein Wort mehr und dann setzt sich der Zug in Bewegung, die Bauern mit Stecken und Gewehren und Laternen um den schwarzen Hans, und der Däne, der auch ganz still geworden ist, im Nachtrab. So geht's durch die schwarze Nacht, als die Glocke von Emmingen zwölf schlägt, dem Dorfe zu.

Manch' Einer stolpert gegen einen Stein oder stößt sich an einen Baum, dann wird ein Fluch laut. Endlich sind sie im Oertlein und marschiren dem Spritzenhäusle zu, wo die eingefangenen Unholde jeder Art und die Leichen von Heimathlosen und Selbstmördern verwahrt werden.

Der Nachtwächter hat dort auch seinen Unterschlupf zwischen der stündlichen Runde, die er machen soll. Er kommt jetzt mit einem mächtigen Schlüssel zum Vorschein und erschließt das Arrestlokal.

Hans tritt über die Schwelle, eh' bereitwillige Hände nachhelfen können, dann ruft er nach dem Dänen, erscheinen thut er aber nicht, so geschäftig nun auch die Gegend um das Spritzenhäusle abgesucht wird.

„Sollt der entschlüpft sein? Wie ist's aber möglich? Ist gerad, als ob der Böse die Händ' im Spiel gehabt hätt!"

Alle haben ein Wundern, Jörg Kun und der Weigert ein Gefühl von Beschämung, daß ihre Heldenthat nun doch zur Hälfte mißlungen ist.

Dann fällt endlich die schwere Thür zu, Hans sitzt im Dunkeln und hört, wie nach und nach die Schritte der Andern sich entfernen und wie der Wächter die volle Stunde abbläst.

Warum sitzt er hier? Er kauert sich auf eine Holzbank. Es mag der Schragen sein, auf welchen sie die Verunglückten niederlegen. Wenn ihn eine Kugel traf bei seinem Fluchtversuch, so wär ihm dieser Platz auch wohl sicher gewesen. Und wenn er glücklich entkam? heut' Nacht im Wald verborgen blieb und morgen etwa heimlich nach Nagold ging und dem Führer der Seiltänzer sagte: „Da bin i — ich geh' mit Euch!" willkommen wär' er gewesen, willkommen auch den lustigen Augen, die ihn so verheißungsvoll angeblickt hatten. Das schönste Leben von der Welt hat der Mann das seinige geheißen — heut' hier, morgen dort, immer freudig begrüßt.

Ist er ein Narr, daß er sich hat einsperren lassen und da sitzt, Stricke um die Arme gewunden, die noch nie ein Hinderniß gekannt haben?

Und Jörg Kun und Rupert Schülin sollen über ihn triumphirend — und Ursel vielleicht ihm nachgucken, wenn sie ihn morgen in Banden durchs Dorf führen? Nein, das erträgt er nicht, er hebt die Arme, und muß sie kraftlos wieder sinken lassen, er knirscht mit den Zähnen und beißt sich die Lippen blutig, ihm fällt ein, daß schon Gefangene in der Verzweiflung ihren Kopf an Steinwänden zerschellt haben — das da ist Fachwerk und aus Lehm, da läßt's sich nicht thun.

(Fortsetzung folgt.)

eiteln und das tollkühn erscheinende Wagniß unternehmen läßt, diesen dem König zu verrathen, vertrauend auf dessen bessere Seele, die über die brutale die Oberhand gewinnen würde.

„O enthalte von Blut meine Hände!
Nimmer bringt es Segen und Ruhe!"

fleht Iphigenie zu ihrer Göttin am Ende des ersten Aktes.

Die Moral der Goethe'schen Iphigenie lautet: Keine Hunnenpraktik! Keine Zivilisirung rückständiger, fremdenfeindlicher Völker mit Waffengewalt! Keine Kolonialpolitik mit gepanzerter Faust.

Wohl bildet das Rache-Motiv einen Angelpunkt der Dichtung. Orestes mußte die Blutrache an der eigenen Mutter auf Geheiß der Götter vollziehen. Aber die furchtbaren Qualen, die er von den Furien dafür zu dulden hat, schon in der Sage und bei Euripides, zeigen, daß schon das griechische Alterthum begann, gegen die Blutrache zu reagiren. Dieses traditionelle Motiv konnte Goethe nicht umgehen. Der gräßliche Wahnsinn aber, von dem Orest gefollert wird, spricht deutlich genug dieser aus barbarischer Vergangenheit überkommenen Blutrachepflicht das Urtheil.

In edler Menschlichkeit, in der Humanität, gipfelt die Zivilisation. Zu dieser Zivilisation können und sollen unzivilisirte Völker und zivilisirte emporgehoben werden. Aber nicht mit roher Waffengewalt, sondern mit friedlichen Mitteln. Das ist der Geist von Goethes „Iphigenie".

Wie die englische Parlamentsverfassung entstand.

In England tobt zur Zeit der Wahlkampf. Deshalb und auch, weil man das England unter mancherlei Mißverständnissen das Muster für den deutschen Scheinparlamentarismus genommen hat, ist eine kurze Skizze des englischen Parlamentarismus wohl angebracht.

Das englische Parlament ist aus recht untergeordneten Körperschaften im Laufe der Jahrhunderte zu seiner jetzigen Bedeutung herangewachsen. Erst waren es vom Adel bedrängte Könige, die die Hülfe bürgerlicher Kreise suchten und dem Hause der Gemeinen, dem einen Theil des Parlaments, nach und nach größere Bedeutung gaben, um in ihm ein Gegengewicht gegen die Lords zu finden. Später kam es zum Bruch zwischen dem Königthum und dem aufstrebenden Bürgerthum und damit zu einem Jahrhunderte langen Kampfe zwischen Krone und Unterhaus, der für letzteres siegreich auslief. Man kann das Ende dieses Kampfes in die Zeit Jakobs II. setzen. Beginnen wir unsere Uebersicht ein wenig nach dieser Zeit.

Das House of Commons (haus of kommens, Haus der Gemeinen) bestand damals aus 80 Mitgliedern für die 40 Grafschaften Englands, 12 solchen für die 12 Grafschaften von Wales (wäls), 50 für die 25 Cities (ßitis, Großstädte), 339 für die 172 Landstädte und Flecken, 16 für die 8 Seehäfen und 4 für die 2 Universitäten. Dazu kommen später, d. h. seit 1706 45 Abgeordnete für Schottland und seit 1801 100 Abgeordnete für Irland. Der wählbare Grafschaftsritter muß 600 Pfund Sterling, der städtische Kandidat 300 Pfund Sterling Grundrente nachweisen. Lords, d. h. hoher Adel, die ältesten Söhne von Lords, sowie ihre Erben und endlich die ältesten Söhne und Erben einer Person von 600 Pfund Sterling sind ohne Zensus wählbar.*)

Wählen kann auf dem Lande jeder freie Eigenthümer, der wenigstens 40 Schilling (40 Mk.) jährliche Grundrente hat. In den Städten wählen nicht die einzelnen Bürger, sondern gewisse Körperschaften unter sehr verschiedenartigen Verhältnissen. Der Gewählte muß endlich alle Wahlkosten bezahlen und erhält keine Diäten. Auch die Wahl zum Verwaltungskommissar der Miliz, zum Offizier der Miliz, ja selbst zum Friedensrichter und Geschworenen ist vom Nachweis einer Grundrente abhängig, die nie unter 100 Lstrl. sinkt.

Dem Hause der Gemeinen steht das Oberhaus gegenüber. Es ist aus dem Permanent Council (permänent kaunßel, dauernder Rath) einer Art durch die Macht des Besitzes verstärktem Staatsrath entstanden. Neben der Macht des Großgrundbesitzes ist die der Geistlichkeit in ihm vertreten. Es besteht, um die oben für die Parlamentszahlen maßgebende Zeit aus 166 Pairs, die sich im Lauf des 18. Jahrhunderts bis auf 500 erhöhen. Die Staatskirche entsendet in dies Haus der Lords 2 Erzbischöfe und 24 Bischöfe, die mit der Vermehrung der Pairs, im 18. Jahrhundert kamen hinzu 34 Herzöge, 29 Marquis, 109 Grafen, 85 Viscounts (wiskaunts) und 248 Baronets, immer mehr an Bedeutung verlieren.

Der König hat keine Selbstständigkeit mehr. Er muß in der einen Hinsicht thun, was das Parlament will, in der anderen was der Privy Council (priwi kaunßel, Privatrath, eine Art Ministerium mit sehr vielen Mitgliedern) will. Letzterer regelt eigentlich nur noch die auswärtige Politik und die Kolonialangelegenheiten, das Parlament d. h. Ober- und Unterhaus zusammen machen dagegen die Gesetze für das Land und die innere Verwaltung, welche der König unterschreibt, und der Privy Council ohne Selbstständigkeit auszuführen hat. Die Polizeiverwaltung wird von den Gemeinden und Grafschaften in Selbstverwaltung (d. h. von Adel und Besitz) besorgt. Die Miliz, und alles, was einen Mißbrauch der Gewalt durch König oder Privy Council möglich erscheinen läßt, ist ähnlich dezentralisirt. Das Privy Council ist demnach nicht gerade sehr allmächtig. Es läßt seine Geschäfte durch einen Ausschuß von 5, 7 oder mehr Hauptmitgliedern besorgen. Dies sind die Minister, das Kabinett, die jeweilige Regierung. Diese Minister der Krone bedürfen jedoch zu allen wichtigen Handlungen der Zustimmung des Parlaments. Das Parlament ist also bereits im 18. Jahrhundert klar und deutlich die eigentliche Staatsmacht, der Vertreter der herrschenden Klasse. Es sichert sich seine Macht dadurch, daß es sich das Recht vorbehält, Jahr für Jahr alle Ausgaben zu bewilligen oder zu verweigern. Ohne Parlamentsbewilligung gab es kein Heer, keine Flotte, keine Anleihe und keine Geldmittel für dienstbare Bundesgenossen, wie Friedrich II. im siebenjährigen Kriege einer war.

Die Folge davon war, daß das Privy Council jede Bedeutung verlor und daß kein Minister arbeiten konnte, wenn er mit dem Parlament nicht einig war. Da aber im Unterhause mehr Leute mit Geldmitteln saßen als im Oberhause, so hatte das weiter zur Folge, daß das Unterhaus immer wichtiger wurde. Von dem Augenblick an, wo sich im Unterhause feste Parteien bildeten, ergab sich daraus die Nothwendigkeit, daß nur Leute Minister wurden, welche in beiden Häusern, besonders aber im Unterhause, eine Mehrheit finden konnten, die ihre Regierungsgrundsätze billigte.

Unter diesen Umständen entwickelten sich in England die Parteien stets auf breiter Grundlage. Sie stellten ziemlich allgemeine Programme auf und suchte so viel Abgeordnete zu umfassen, daß es möglich erschien, die Mehrheit und damit die Regierungsgewalt zu erhalten. Daher kommt die eigenartige Thatsache, das England Jahrhunderte hindurch nur zwei Parteien sah. Mehr Parteien hätten der Regierung Gelegenheit gegeben, sich Zufallsmehrheiten zu schaffen und so, wie später Bismarck, Macht für die Krone zu erringen oder aber auch dazu geführt, daß gar keine Regierung auf die Dauer möglich war. So entstanden die Whigs (uigs, die Liberalen) mit der Parole: Widerstandsrecht", Schutz der bürgerlichen Macht, und die Tories mit der Parole: „Kirche und Krone", Schutz der alten Autoritäten. Die einen verhüllen ihre Ausbeutungslust unter dem Namen der bürgerlichen Freiheit, die anderen unter der der als „sittlich nothwendig" erklärten Autorität. Die Schlagworte dieser Parteien haben dann je nach den Umständen gelautet für und gegen „Widerstandsrecht", Stuart", „Hannover",*) „amerikanische Unabhängigkeit" und „französische Revolution". Wir haben es mit keinen Parteiungen des Volkes, sondern mit solchen der machthungrigen Gruppen innerhalb der herrschenden Klasse zu thun.

In der Zeit, die wir bis jetzt betrachteten, war freilich trotz des so stark betonten Besitzes nicht etwa die Bourgeoisie an sich, sondern eine Mischung aus Adel und entstehender Bourgeoisie maßgebend, in der Anfangs noch der erstere entschieden überwog. Aber der englische Adel vor 200 Jahren war schon damals mehr Bourgeois und weniger Junker als der Preußens um 1900. Immerhin fielen zuerst die Ministerposten, die Hofämter, die großen Staatsämter fast ausschließlich an den Adel, der ja in beiden Parteien zu finden war. Die siegreiche Partei besetzt nicht nur die Ministerstühle, sondern auch die Hofämter und alle zur Zeit freien Beamtenstellen.

Der Kampf der beiden Parteien schlug seit 1714 zum dauernden Vortheil der Whigs aus. Die gesicherte Stellung dieser Partei, die sich mehr als die andere auf die erstarkende Bourgeoisie stützte, führte zu einer klug berechneten Politik zur Förderung des Handels, der Finanzen und der Reichen. Der Versuch Georg III., der Krone mehr Rechte zu erobern, wurde gleich zu Anfang seiner Regierung mit aller Gewalt gebrochen. Man zwang ihm 1782 ein Ministerium auf, das ihm vollständig zuwider war, und begann damit die heute noch übliche Reihe der Ministerwechsel, die abhängig ist von dem Willen der Parlamentsmehrheit und den Monarchen nichts angeht.

Man darf sich natürlich in dieser Zeit die politischen Verhältnisse nicht als goldene vorstellen. Korruption kam an die Tagesordnung. Da man nicht wie heute auf dem Festlande mit Hülfe der Polizei- und Verwaltungsbeamten die Wahlen machen konnte, machte man sie mit Hülfe von Bestechung und dergleichen lieblichen Mitteln. Es gab kleine Wahlflecken in England und Wahlkreise in Schottland, in denen nur verschwindend kleine Körperschaften oder ganz wenige Personen den Ausschlag gaben. Diese wurden gekauft. Gegen 1800 wurden von den „Fleckenfressern", wie man die Leute nannte, die sich vermittelst dieser unsauberen Mittel ein Mandat sicherten, bei einer Wahl in England allein 1 260 000 Lstrl. oder 25 200 000 Mk. für Wahlbestechungen ausgegeben.

In diese Zustände brachte gegen Anfang des 19. Jahrhunderts die auf der Verbreitung der Maschine beruhende kapitalistische Revolution einen Sturm, der Wahlreformen und eine bis dahin ungekannte Socialreform mit sich brachte.

*) Ein Pfund Sterling oder Lstrl. ist gleich 20 Mk. Es handelt sich also um 12 000 bezw. 6000 Mk. jährliche Grundrente.

*) Stuart das entthronte, absolutistische, Hannover das neue parlamentarische Königsgeschlecht.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Die Brodvertheuerer an der Arbeit. Die „Deutsche Tageszeitung" schreibt: „Der wirthschaftliche Ausschuß zur Vorbereitung der Handelsverträge tritt, wie ein Berichterstatter meldet, am 16. Oktober zu einer Vollversammlung zusammen, nachdem im Laufe des Sommers mehrfach Kommissionssitzungen stattgefunden haben. Die landwirthschaftliche Kommission hat beispielsweise wiederum am Mittwoch und Donnerstag getagt und sich über die Höhe der landwirthschaftlichen Zollsätze geeinigt. Soweit sind die Mittheilungen des Berichterstatters unseres Wissens richtig. Was er aber über die Höhe des Zollsatzes selbst anführt, daß man nämlich einen Roggenzoll von 5 Mark und einen Weizenzoll von 6 Mark vorgeschlagen habe, ist unrichtig. Der Berichterstatter konnte darüber nichts wissen, da die Verhandlungen streng vertraulich waren, und da von keinem Theilnehmer zu erwarten ist, daß er sich an das Gebot der Vertraulichkeit nicht gebunden hat. Auch wir wissen aus dem eben angeführten Grunde nichts Näheres über die gefaßten Beschlüsse. Nur das können wir sagen, daß die Mittheilungen des Berichterstatters über die Zollhöhe falsch sind, und daß ein volles Einvernehmen innerhalb der Kommission über die Zollsätze erzielt worden ist."

Eine neue Bäckereiverordnung. Seitdem die neue Bäckereiverordnung besteht, ist auch von den Bäckermeistern gegen dieselbe gearbeitet worden; im Reichstag wurden schon mehrfach seitens der Konservativen Versuche gemacht, die Bestimmungen wieder aufzuheben oder doch wesentlich zu Ungunsten der Arbeiter abzuändern. Nach langjährigem Ansturm scheint es denn auch gelungen zu sein, die Regierung von der „Unhaltbarkeit" der bisherigen Bestimmungen „überzeugt" zu haben. Wie nämlich die „Kölnische Zeitung" mitzutheilen weiß, werden die Behörden neuerdings über den Entwurf einer neuen Bäckereiverordnung befragt. „Dieser unterscheidet sich von den bestehenden Vorschriften hauptsächlich dadurch, daß nicht die Dauer der Arbeitsschichten, sondern die Dauer der Pausen zwischen den Arbeitsschichten festgesetzt wird. Die Ruhezeit soll für jeden Gesellen mindestens zehn Stunden betragen, die nur innerhalb der letzten beiden Stunden und nur für höchstens eine halbe Stunde behufs Herstellung des Vorteigs unterbrochen werden darf. Werden den Gehilfen nicht während der Arbeitsschicht mindestens zwei halbstündige Pausen oder eine einstündige Pause gewährt, so muß die Ruhezeit mindestens elf Stunden betragen. In der Woche müssen mindestens sieben Ruhepausen gewährt werden, während die Arbeitsschicht einschließlich der Pausen nicht länger als 15 Stunden dauern darf. Für Lehrlinge unter 16 Jahren ist eine Ruhezeit von 12 oder 13 Stunden vorgeschrieben, die Arbeitsschicht darf höchstens 13 Stunden dauern. An 20 Tagen im Jahr kann die Orts-Polizeibehörde Ausnahmen zulassen. Wird den Gehilfen und Lehrlingen für den Sonntag eine mindestens vierundzwanzigstündige, spätestens am Sonnabendabend um 10 Uhr beginnende Ruhezeit gewährt, so darf die vorhergehende Ruhezeit bei den Gehilfen bis auf vier, bei den Lehrlingen unter 16 Jahren auf sechs Stunden verkürzt werden. Sofern die für den Sonntag zu gewährende Ruhezeit am Sonnabend spätestens um 6 Uhr abends beginnt und mindestens 30 Stunden dauert, darf die Herstellung des Sonntagsbedarfs an Backwaaren unmittelbar an die vorhergehende Arbeitsschicht angeschlossen werden. Dabei darf jedoch aber die Gesamtdauer der Beschäftigung einschließlich der Pausen für die Gehilfen 17 Stunden, für die Lehrlinge unter 16 Jahren fünfzehn Stunden nicht überschreiten."

Alles in allem würde diese Abänderung eine Verschlechterung des so schon ungenügenden Arbeiterschützes im Bäckereigewerbe bedeuten.

Zur Verurtheilung des Redakteurs Contzen von der „Germania", welche mit der Konitzer Affäre im Zusammenhange steht, schreibt die „Deutsche Tagesztg.", die sich auch nicht ganz frei von Schuld und Fehle fühlt: „Die „Germania" gehört nicht zu den Blättern, denen man blinden Eifer oder Neigung zu rücksichtsloser Kritik nachsagen kann. Sie hatte in den Artikeln, derentwegen der Redakteur verurtheilt wurde, nicht ihre eigene Anschauung über die Thätigkeit der Behörden im Konitzer Falle niedergelegt, sondern nur die Stimmungen und Meinungen wiedergegeben, die damals in einem Theile der Konitzer Bevölkerung obwalteten. Dem Redakteur wurde nun zum Vorwurf gemacht, daß er diese Meinungen, die für die Behörden beleidigend sein mußten, wiedergegeben habe, ohne seinerseits Stellung dazu zu nehmen bezw. sie als unrichtig zu kennzeichnen. Wir enthalten uns grundsätzlich jeder Kritik des einzelnen richterlichen Urtheils, müssen aber doch auf die bedenklichen Folgen dieses Richterspruchs hinweisen. Die deutsche Presse wird künftighin darauf verzichten müssen, die Volksstimmung oder die Anschauung weiter Volkskreise objektiv richtig wiederzugeben, wenn durch die Schilderung dieser Stimmung sich Jemand beleidigt fühlen könnte. Nur dann wird die Wiedergabe solcher Stimmungsberichte straffrei sei, wenn die Redaktion selbst dazu Stellung nimmt. Dazu wird sie aber selten in der Lage sein, da ihr das Material, das zur Fällung eines eigenen Urtheils nothwendig ist, kaum jemals zur Verfügung stehen wird." Das ist Alles ganz hübsch, hätte von dem ehrenwerthen Blatte schon hundert Mal bei Verurtheilung sozialdemokratischer Preßsünder vorgebracht werden können. Dann schweigt man aber nach dem bequemen Grundsatze „Was mich nicht brennt, das blas ich nicht." Erst wenn er selbst getroffen wird, schreit der olle ehrliche Agrarier.

Gegen das Vereinsrecht. Nach den „Pos. Neuesten Nach." sollen darüber Erwägungen stattfinden, ob es angezeigt erscheine, eine Ergänzung des Vereinsgesetzes nach der Richtung hin herbeizuführen, daß Versammlungen „mit Rücksicht auf die Schwierigkeit der Kontrolle fremdsprachlicher Versammlungen durch der betreffenden Sprache nicht mächtige Polizeibeamte" nur in deutscher Sprache geführt werden sollen. Bekanntlich hat das Oberverwaltungsgericht nach Lage der geltenden Gesetzgebung entschieden, daß eine Auflösung der Versammlungen aus diesem Grunde ungesetzlich sei. — Damit wird natürlich nur bezweckt, unsere Agitation unter der polnisch, dänisch, italienisch, französisch redenden Arbeiterschaft unmöglich zu machen, wie das heute schon in der „Republik" Hamburg geschieht.

Wer sind die Brodvertheuerer? Unter diesem Stichworte übernimmt jetzt eine Anzahl bürgerlicher Blätter folgende dummdreiste Notiz der „Deutschen Tageszeitung":

„Einen höchst interessanten Beitrag zur Beantwortung dieser Frage liefert der Geschäftsbericht des sozialdemokratischen Konsumvereins Leipzig-Plagwitz. In diesem Geschäftsberichte wird hervorgehoben, daß „infolge des Preisstandes des Mehls" die Bäckerei besonders günstig gearbeitet habe, indem sie bei einem Reingewinn von über 266 000 Mark ihr Anlagekapital mit fast 20 Prozent verzinst habe. Mit anderen Worten heißt das: An der Höhe der Brodpreise sind nicht die Mehlpreise, auch nicht die Getreidepreise, sondern der Geschäftsgewinn des Leipziger sozialdemokratischen Konsumvereins schuld.

Wenn also die Genossen in und um Leipzig verhältnißmäßig theures Brod hatten, so haben sie das nicht den bösen Agrariern, sondern ihren den Konsumverein und die Bäckerei leitenden Genossen zu verdanken."

Weil dieser plumpe Schwindel wahrscheinlich auch von der Amtsblattpresse in der Provinz gierig aufgegriffen werden wird, sei die betreffende Antwort hier hinzugesetzt, die die „Leipziger Volkszeitung" darauf ertheilt:

„Die Leipziger Konsumvereine verkaufen zu marktgängigen Preisen, auf die sie an sich schon durch ihr Dasein herabdrückend einwirken. Wenn trotzdem der Bäckereibetrieb des Plagwitzer Konsumvereins eine fast zwanzigprozentige Verzinsung seines Anlagewerths ergab, so beweist das nur, wie rentabel das Bäckereigeschäft im allgemeinen ist und welch immense Profite es den Privatunternehmern definitiv in die Tasche fließen läßt. Von diesen sich auf Kosten des Volks bereichernden Privatunternehmern unterscheiden sich die Konsumvereine bekanntlich dadurch, daß sie die Betriebsüberschüsse in Form von Dividenden an die Konsumenten zurückfließen lassen."

Erledigtes Reichstagsmandat. Der Reichtagsabgeordnete für den Wahlkreis Paderborn-Büren, Rentner Hesse (Zentr.) hat wegen Kränklichkeit sein Mandat niedergelegt. Der Kreis — Paderborn ist Bischofssitz — ist einer der schwärzesten, eine sichere Burg des Zentrums. Im Jahre 1898 entfielen auf Hesse 9839 Stimmen, auf die Gegner insgesammt 1980, davon auf unseren Genossen Fliegener 81.

Der Hungerzoll. Einer derer, die niemals — blaß werden, hat nach längerer Zeit wieder etwas von sich hören lassen. Im sächsischen Landeskulturrath, wo man sich mit der dem deutschen Volke bevorstehenden Erhöhung der Getreidezölle beschäftigte, hat Herr Arnold Woldemar von Frege, bisher erster Vizepräsident des deutschen Reichstages, 8 Mark als den niedrigsten annehmbaren Zollsatz bezeichnet!! — Die preußischen Agrarier haben sich dahin geeinigt, daß sie's unter sechs Mark nicht machen können. Ob aber nach sächsischem Rezept 8, oder nach preußischem 6 Mark — ein Hungerzoll bleibt's immer! Natürlich nicht für die Agrarier, denen die Liebesgaben in den Schooß fallen, sondern für die armen Leute, welche die Millionen zusammenhungern müssen, die sich die Agrarier wünschen.

An der Zollvertheuerung, die dem deutschen Volke im neuen Tarif reichlich beschert werden soll, werden die **Nationalliberalen** freudig mitarbeiten. Wie ein rheinisches Blatt aus zuverlässiger Quelle erfährt, hat der Abgeordnete Bassermann die Absicht, eine Erhöhung des Tabakzolles von 85 auf 125 Mk. pro 100 Kilogramm zu beantragen. Hierüber scheinen jedoch innerhalb der nationalliberalen Partei noch getheilte Anschauungen zu bestehen. Der nationalliberalen Fraktion dürfte dieser Antrag, nach Ansicht der „Berl. Ztg.", den Verlust einiger Mandate bei den nächsten Reichstagswahlen kosten; ob sie damit das beabsichtigte Ziel, von den Landbündlern ein paar Mandate in der Pfalz zurückzugewinnen, erreichen werden, erscheint dagegen mehr als fraglich.

An Zöllen und Verbrauchsabgaben gingen vom 1. April bis 31. August d. Js. bei der Reichskasse ein: Zölle 200 922 124 Mk. (gegen das Vorjahr + 8 511 347 Mark). Tabaksteuer 4 495 541 Mk. (— 43 008 Mk.), Zuckersteuer und Zuschlag zu derselben 51 050 851 Mk. (+ 10 273 028 Mk.), Salzsteuer 18 172 250 Mark (+ 309 536 Mk.), Maischbottich- und Branntweinmaterialsteuer 893 400 Mk. (+ 412 234 Mk.), Verbrauchsabgabe von Branntwein u. Zuschlag zu derselben 52 504 908 Mark (— 1 399 999 Mk.), Brennsteuer — 2581 Mk. (+ 185 231 Mark), Brausteuer 14 401 428 Mark (+ 671 601 Mk.), Uebergangsabgabe von Bier 1 694 056 Mark (+ 42 918 Mk.), Summe 344 131 977 Mark (+ 18 962 888 Mk.), Stempelsteuer für: a. Werthpapiere 13 396 538 Mk. (+ 4 468 331 Mk.), b. Kauf- und sonstige Anschaffungsgeschäfte 5 821 322 Mark (— 1 310 113 Mk.), c. Schiffsfrachturkunden 159 712 Mark (+ 159 712 Mk.), d. Loose zu: Privatlotterien 2 142 504 Mk. (+ 3540 Mk.), Staatslotterien 6 286 098 Mark (+ 473 982 Mk.), Spielkartenstempel 514 386 Mk. (+ 16 948 Mk.), Wechselstempelsteuer 5 313 765 Mk. (+ 483 861 Mk.), Post- und Telegraphen-Verwaltung 158 135 679 Mk. (+ 8 880 540 Mk.), Reichs-Eisenbahn-Verwaltung 39 119 000 Mk. (+ 3 656 000 Mk.). Die zur Reichskasse gelangte Ist-Einnahme, abzüglich der Ausfuhrvergütungen und Verwaltungskosten, beträgt bei den nachbezeichneten Einnahmen: Zölle 185 362 709 Mk. (+ 6 870 941 Mk.), Tabaksteuer 4 317 721 Mk. (+ 29 590 Mk.), Zuckersteuer und Zuschlag zu derselben 47 679 064 Mk. (+ 6 791 329 Mk.), Salzsteuer 19 059 216 Mk. (+ 996 308 Mk.), Maischbottich- und Branntweinmaterialsteuer 5 250 452 Mark (+ 505 082 Mk.), Verbrauchsabgabe von Branntwein und Zuschlag zu derselben 45 186 471 Mk. (— 2 507 133 Mark), Brennsteuer — 2581 Mk. (+ 185 231 Mk.), Brausteuer und Uebergangsabgabe von Bier 13 678 234 Mark (+ 604 190 Mk.), Summe 320 531 286 Mk. (+ 13 475 538 Mk.) — Spielkartenstempel 633 306 Mk. (+ 36 489 Mk.)

Soziales und Parteileben.

Eine ziemlich katzenjämmerliche Stimmung scheint in den Kreisen der Leipziger Metallindustriellen zu herrschen, deren Scharfmacher sich bei der vorjährigen Formerbewegung einander an „Schneidigkeit" zu überbieten suchten. Der „Leipziger Westend-Zeitung", ein Organ, das alle Zeit treu zur Sache der Industriellen des Westens gestanden hat, wird nämlich aus Interessentenkreisen geschrieben: „Die Annahme, daß der vorjährige große Leipziger Formerstreik auf die jetzigen Verhältnisse in unserem Industriebezirk ohne nachhaltige Rückwirkung geblieben sei, dürfte die Anschauungen der Interessenten doch sehr wenig wiederspiegeln. Mögen für die allgemein ungünstigere Geschäftslage auch manche andere Faktoren, die Geldknappheit, die Kohlennoth, die Vertheuerung der Waaren und Rohstoffe, namentlich des Eisens, sowie der hohe Preisstand der Lebensmittel und Miethen, die theilweise Ueberproduktion, sowie die Unfähigkeit des Marktes, weitere Waaren aufzunehmen, und schließlich die Verwicklungen in überseeischen Ländern und die allgemein unsicheren politischen Verhältnisse, maßgebend oder mitbestimmend gewesen sein, so kommt doch für die Leipziger Maschinenindustrie und Eisengießerei der vorjährige Formerausstand sicherlich nicht in letzter Linie in Betracht. Es ist eine Thatsache, daß im Vorjahre unsere Gießereien gezwungen (?) waren, einen sehr großen Theil des Gusses auswärts anfertigen zu lassen, um den übernommenen Aufträgen bezw. ihren Auftraggebern gerecht werden zu können. In jener Zeit haben sich die auswärtigen Fabrikanten (Gießer) ausbedungen, daß sie die Modelle ein bis zwei Jahre behalten dürfen; für diese Zeit also ist unserer Industrie die Arbeit verloren gegangen. Aber nicht genug damit; selbstverständlich haben nun auch die auswärtigen Fabrikanten Alles daran gesetzt, um den einmal gewonnenen Kundenkreis sich zu sichern. Insofern hat also Leipzig durch den Formerstreik ganz bedeutend Schaden erlitten, und es wird vieler Anstrengung bedürfen, um das verlorene Terrain wiederzugewinnen. Leidtragende sind in erster Linie die Arbeiter selbst, aber auch der Fabrikant wie die gesammte Geschäftswelt empfindet diesen Ausfall in recht fühlbarem Maße." — Soweit der Formerstreik noch schädigend auf die Leipziger Metallindustrie nachwirkt, fällt die Schuld natürlich auf Diejenigen zurück, die den Kampf durch die zweijährige Aussperrung und Aushungerung der Becker'schen Arbeiter provozirten — auf die Scharfmacher im Lager der Unternehmer!

Verein Arbeiterpresse. Im Anschluß an den Parteitag in Hannover wurde für die Redakteure der politischen und Gewerkschaftspresse, für die berufsmäßigen Berichterstatter, Schriftsteller und Arbeitersekretäre der Verein Arbeiterpresse gegründet. Im Laufe seines ersten Geschäftsjahres wurde indeß wiederholt das Verlangen laut, auch die Verwaltungsangestellten der Parteigeschäfte und der Gewerkschaften in den Verein aufzunehmen. Eine Umfrage unter den Angestellten ergab, daß die Mehrheit der Befragten sich dem Verlangen anschloß. In der jüngst in Mainz abgehaltenen Hauptversammlung des Vereins Arbeiterpresse wurde durch einstimmigen Beschluß der Rahmen des Vereins erweitert. Fortan können auch die Gewerkschaftsbeamten, die besoldeten Geschäftsführer, die mit längerer Kündigungsfrist angestellten Buchhandlungs-, Kontor- und Expeditionsangestellten der Parteiverlagsanstalten die Mitgliedschaft des Vereins erwerben und werden sie dazu aufgefordert werden. Der Zweck des Vereins ist, eine Regelung der Anstellungsverhältnisse aller Angestellten herbeizuführen und eine Versicherung für Krankheit, Unfall, Invalidität und Sterbefall zu erstreben. Der Monatsbeitrag für den Verein beträgt 1 Mk. Bis zur Einführung der Versicherung wird an die Hinterbliebenen versterbender Mitglieder ein Sterbegeld von 1 Mk. pro Mitglied gewährt, das neben dem Vereinsbeitrag im Umlageverfahren erhoben wird. Da im Ganzen etwa 430 Angestellte als Mitglieder des Vereins in Betracht kommen, so wird das Sterbegeld etwa 400 Mk. für jeden Fall betragen. Die Geschäftsstelle der Vereins befindet sich bei Richard Lipinski, Leipzig, Reudnitzerstraße 11, an den Anfragen zu richten sind.

Aus Nah und Fern.

Kleine Chronik. Das gegen den früheren Reichstags-Abgeordneten Frhrn. v. Münch wegen versuchten Todtschlags an seinem Knecht eingeleitete Strafverfahren ist eingestellt worden. Freiherr v. Münch wurde als geistesgestört der Irrenanstalt in Rottmünster übergeben. — Wie das „Konitzer Tagebl." meldet, wird Ende dieser Woche vor der Strafkammer der mit der Winterschen Mordsache zusammenhängende Meineidsprozeß gegen den Präparanden Speisiger zur Verhandlung gelangen. Es sind gegen 40 Zeugenvorladungen ergangen. Die Verhandlung wird wahrscheinlich zwei Tage dauern. — Der „Volkszeitung" zufolge ist der Geschäftsführer der Sektion 10 der Steinbruchs-Berufsgenossenschaft plötzlich aus seinem Amte entlassen worden. Es sind ihm Unterschlagungen in Höhe von ca. 3000 Mk. nachgewiesen worden. — Der Polizeikommissar Luck in Eberswalde, der etwa 25 Jahre im Amte ist, wurde wegen Beiseiteschaffung einer Urkunde, um eine Person der Strafverfolgung zu entziehen, zu drei Monaten Gefängniß verurtheilt. — Ein schwerer Unglücksfall, dem ein Menschenleben zum Opfer fiel, ereignete sich auf der Zeche „Trappe" zu Silschede im Kreise Hagen. Ein Italiener war im Begriff, Schicht zu machen, als sich plötzlich im Hangenden gewaltige Steinmassen lösten, dem Unglücklichen auf den Kopf fielen und diesen vollständig zerschmetterten. Der Tod trat auf der Stelle ein. — Durch ein Großfeuer wurden die sämmtlichen Gebäude des Gutes Gethsemane mit Ausschluß des Wohnhauses in Asche gelegt. Mehrere hundert Hühner, Gänse und Enten, viele Rinder und Schweine sind mitverbrannt. Der Schaden beläuft sich schätzungsweise auf 100 000 Mk. — Beim Verladen eines großen Dampfkessels in Bendorf am Rhein verunglückten mehrere Leute. Der Meister Hermann blieb todt; drei Leute sind schwer verletzt. — Eine Windhose richtete in der Umgebung von Böhmisch-Leipa großen Schaden an. Alte Waldbestände warden in Breite von hundert Metern wie Binsen geknickt und die Stämme weit fortgetragen, Menschen bis 30 Meter weit in die Luft gewirbelt. Viele Wohnhäuser und Scheuern sind eingestürzt, zahlreiche Personen verletzt. — Der sechste Todesfall an Pest ist im Krankenhause zu Glasgow vorgekommen. — „Lloyds Agentur" meldet aus Brunemore (Schottland), daß die dortige Gegend von einem heftigen Orkan heimgesucht wurde; zahlreiche Häuser und Fischerboote wurden zerstört, mehrere Personen getödtet und viele verletzt. — Ein schrecklicher Platzregen hat in Spanien am Sonnabend die meisten Telegraphen-Linien unterbrochen. — „Lloyds Agentur" meldet aus Nagasaki: Der norwegische Dampfer „Calanda" und der japanische Dampfer „Isemaru" stießen bei Iwosima zusammen. Ersterer sank, letzterer hat Nagasaki angelaufen. Der Kapitän ist gerettet, 45 von der Mannschaft und den Passagieren sind ertrunken.

Soldaten bei Sozialdemokraten. Zur Erleichterung der Einquartierungslasten hat die Stadtverordnetenversammlung in Spandau auf Antrag des Magistrats beschlossen, daß die aus der Stadtkasse in Zukunft zu gewährenden Servissätze verdoppelt werden sollen. Bei Besprechung dieser Angelegenheit wurde unter Hinweis auf den letzthin vorgekommenen Fall, daß die bei einem sozialdemokratischen Hauseigenthümer einquartierten Soldaten eine Stunde nach ihrer Ankunft von der Polizei wieder fortgeholt worden sind, von einem Mitglied der Versammlung ausgeführt, daß unter solchen Umständen die sozialdemokratische Gesinnung einem Hausbesitzer ja nur von Nutzen sein könnte. Darauf erwiderte Oberbürgermeister Kölze, der zugleich Polizeichef ist, der erwähnte Vorfall sei ohne sein Zuthun geschehen; das würde indeß nicht wieder vorkommen und der betreffende Hausbesitzer würde fortan wie jeder andere seine Einquartierung erhalten. Ein sozialdemokratischer Stadtverordneter hielt den bürgerlichen Mitgliedern, die sich über die Einquartierungslasten in bitteren Klagen ergingen, vor, wie wenig patriotisch dies sei; unter großer Heiterkeit fügte er hinzu, er und seine Gesinnungsgenossen seien in dieser Beziehung doch bessere Menschen; er als Hausbesitzer habe die bei ihm einquartierten Soldaten stets sehr liebevoll aufgenommen.

Aus der Lüneburger Heide. Ein Bauernsohn hatte sich zur Einstellung bei der Garde gemeldet. Nach einigen Tagen erhält er Antwort. „Vadder, kannst Du mi, wenn ick na'r Garde kame, woll noch hundert Daler mehr mitgeven, denn dat Gewehr mut ick mi sülbst köpen." „Wies den Breef mal her, Junge", sagte der Vater, setzte seine Brille auf, las auch und sagte dann: „Ja, et is richtig, da steit et, dat mag aber bi de Garde woll nich anners gahn." — Die Behörde hatte in dem Brief zum Schluß geschrieben: „Gewähr für Einstellung kann nicht geleistet werden."

Ueber ein Sensationsdrama bringt die „Agence Havas" Petersburger Mittheilungen, das sich vor einigen Tagen in Zarskoje Selo abgespielt hat. Die Baronin W., die Gattin eines ehemaligen Mitgliedes der russischen Botschaft in Madrid, erschien im Polizeibureau und erklärte, ihre Schwester ermordet zu haben. Man begleitete sie nach ihrer Wohnung und fand dort ein furchtbares Schauspiel vor. An den Thüren der sechs Zimmer sah man Blutflecke, überall war der Boden mit Blut beschmiert. Im Kinderzimmer lag die Leiche eines jungen Mädchens, der 18jährigen Schwester der Baronin. Letztere, die 28 Jahre alt ist, von Geburt Spanierin, hatte ihre Schwester mehrfach beschuldigt, ihr den Gatten rauben zu wollen, und sie schließlich in einem Anfall von Eifersucht erschossen. Die Barorin erscheint sehr exaltirt, sie wurde einstweilen im Hospital des Gefängnisses internirt. Sie ist Mutter zweier Kinder, von denen das jüngste sechs Monate alt ist.

Dem Schulhause in Rahnwerder, das zu dem Patronat des Reichstagsabgeordneten von Wangenheim, des Vorsitzenden des Bundes der Landwirthe, gehört, haben unlängst zwei Lehrer einen Besuch per Rad abgestattet. Sie berichten darüber in der „Preuß. Lehrerztg." Wir fuhren an einigen schön gebauten, mit Ziegeln gedeckten Arbeiterhäusern vorbei und erkundigten uns nach dem Schulhause. Man zeigte uns ein niedriges, mit Stroh gedecktes Fachwerkgebäude. Die Hausthür ist so niedrig, daß ein Mann mittlerer Größe sie nur in gebeugter Haltung passiren kann. Leider trafen wir den Kallegen nicht daheim. Das Klassenzimmer, welches eine Höhe von 2 (zwei) Metern haben mag, war schön weiß getüncht, wohl um die vielen Schäden zu verdecken. In die sehr schadhaften Dielen schlüpften mehrere Mäuse, als wir eintraten. Die Decke befindet sich in einem geradezu gefährlichen Zustande. Um 20 Centimeter hat sie sich in der Mitte gesenkt. Einem Druck von unten gab sie bereitwilligst nach. Jeder Augenblick, den die Kinder in diesem Raume zubringen, muß für sie lebensgefährlich sein, und solche Zustände herrschen im Gutsbezirke des Vorsitzenden des Bundes der Landwirthe! Und nun die Wohnung des Lehrers: zwei Stuben, die eine mit sehr kleinen Fenstern, auf dem Flur eine Küche und daneben eine kleine Kammer, das sind die Räumlichkeiten. Freilich hat sich Herr von Wangenheim bereit erklärt, eine Oberstube anzulegen, wenn sich die Familie des Lehrers vergrößert. Der Kollege hat drei Kinder. Die Außenluft hat an verschiedenen Stellen der Wand freien Eintritt ins Innere. Der untere Stock des Hauses ist völlig wurmstichig und so schadhaft, daß an Stellen — eine wurde von uns bemerkt, — das Wasser ungehindert von außen nach innen und wieder von innen nach außen fließen kann.

Echt amerikanisch ist das Wahlmanöver, das soeben die Bevölkerung von New-York ergötzt. Erfinder der hochmodernen Art, den Gegner zu bekämpfen, ist Boß Croker. Am Montag Morgen sah man, wie der „New-York Herald" schreibt, etwa zweihundert Fuß hoch in der Luft über dem Madison-Square ein riesiges weißes Tuch schweben, das gehalten wurde von einem Dutzend großer Papier-Drachen. Darauf stand mit Riesenlettern:

„Trust und Imperialismus bedrohen die Freiheit."

Man amüsirte sich natürlich höchlichst und bekam bald heraus, daß Herr Croker der Erfinder dieses genialen Wahlwitzes war. Die Republikaner waren nicht faul, und nach einiger Zeit sah man eine zweite Riesentafel gen Himmel fliegen und sich noch höher als Crokers Manifest erheben. Darauf stand:

Esel Croker
Denkt, ihm gehört der Himmel.
Hat ihn aber nicht!
Stimmt gegen Tammany!

Wenn das so fort geht, dann wird der Himmel über New-York sich bald verfinstern und einem Riesen-Wäschetrockenplatz gleichen!

Sternschanz-Viehmarkt.

Hamburg, 29. Septbr

Der Schweinehandel verlief gut.

Zugeführt wurden 1646 Stück, davon vom Norden 1015, vom Süden 631 Stück. Preise: Sengschweine —, Versandschweine, schwere 53 Mk., leichte 52—53 Mk., Sauen 48—52 Mk. und Ferkel 48—52 Mk. pr. 100 Pfd.

Verantwortlicher Redakteur: August Kasch. — Verleger: Theod. Schwartz. — Druck von Friedr. Meyer & Co. — Sämmtliche in Lübeck.